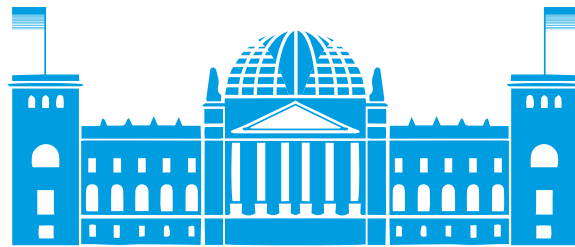




BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Handlungsempfehlungen der Deutschen Industrie für die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Für eine starke Industrie, die auch morgen
Zukunft gestaltet

Vorwort

Im Jahr der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag sieht sich die Bundesrepublik Deutschland konfrontiert mit Ungewissheiten in der transatlantischen Partnerschaft, mit Migrationsbewegungen aus verschiedenen Teilen der Welt sowie mit anhaltenden Differenzen innerhalb der Europäischen Union. In diesen unruhigen Zeiten möchte der BDI der Bundespolitik Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben und damit zum Gelingen der im Herbst 2017 anstehenden Neujustierung der politischen Agenda beitragen.

Das augenblicklich positive konjunkturelle Umfeld hierzulande, der ausgeglichene Haushalt sowie die gute Lage am Arbeitsmarkt dürfen den Blick auf die wachsenden Risiken nicht verstellen oder uns von den anstehenden Aufgaben abhalten. Sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Deutschland mit einer erheblichen Investitionsschwäche konfrontiert sind, die droht, uns im internationalen Vergleich zurückfallen zu lassen. Auch muss es unser gemeinsames Ziel sein, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität wieder dynamischer entwickelt. Um den Lebensstandard auch angesichts der demografischen Herausforderungen nachhaltig steigern zu können, braucht Deutschland einen Schub bei öffentlichen und privaten Investitionen und mehr Mut zu zukunftsweisenden und nachhaltigen Entscheidungen.

Eng verbunden mit den notwendigen Investitionen ist der freie Handel mit unseren internationalen Partnern. Deutschland profitiert wie kein anderes Land von offenen Weltmärkten. Der Wegfall von Zöllen und anderen Handelsbarrieren hat sich für die deutsche Industrie und damit für die ganze deutsche Gesellschaft stets als gewinnbringend erwiesen. Mit dem Freihandel sind wir verstärkt in der Lage, neben unseren Produkten auch eigene Werte und Standards in die Welt zu exportieren. In diesen Wettbewerb um globale Standards müssen wir unsere Erfahrungen und Überzeugungen verstärkt einbringen. Die deutsche Industrie braucht daher ein unmissverständliches Bekenntnis der deutschen Politik zum freien Handel.

Auf nationaler Ebene muss die Energiewende noch stärker an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet werden. Die deutsche Wirtschaft bekennt sich zu diesem Gemeinschaftsprojekt, ist jedoch – insbesondere im energieintensiven Bereich – dringend auf Entlastungen angewiesen. Zugleich müssen die erforderlichen Schritte beim Klimaschutz und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland besser miteinander in Einklang gebracht werden.

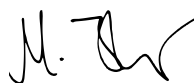
Die deutsche Industrie ist zentraler Gestalter des digitalen Wandels. Die Unternehmen wissen, welche enormen Chancen damit verbunden sind und wollen sie nutzen. In diesem marktwirtschaftlichen Prozess ist Deutschland aber auch auf politische Unterstützung angewiesen. So benötigt die Industrie beispielsweise die Unterstützung der Politik, wenn es um die Versorgung entlegener Gebiete mit Breitband geht. Das Gelingen des digitalen Wandels hängt daneben auch von zentralen politischen Entscheidungen in der Bildungspolitik ab.

Diese und weitere Themen werden in den 19 Kapiteln der vorliegenden Publikation thematisiert. Der BDI bietet insgesamt 173 Handlungsempfehlungen zu industrierelevanten Politikfeldern an.

Für weiterführende Gespräche stehen wir allen politischen Vertretern gern zur Verfügung.



Prof. Dieter Kempf
Präsident



Dr. Markus Kerber
Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums

Legende

Bewertungsskala für einzelne Handlungsempfehlungen



Industrie empfiehlt eine politische Maßnahme



Industrie sieht Handlungsbedarf der Politik, warnt aber vor Risiken



Industrie rät von einer politischen Maßnahme ab

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Digitalisierung und Industrie 4.0	6
Mittelstand und Familienunternehmen	10
Steuerpolitik und Öffentliche Finanzen	16
Energiepolitik	20
Klimapolitik	24
Umwelt-, Technik- und Nachhaltigkeitspolitik	26
Verkehrspolitik	30
Rechtspolitik	34
Verbraucherpolitik	38
Wettbewerb und Öffentliche Aufträge	40
Forschung und Innovation	44
Rohstoffpolitik	48
Sicherheitspolitik	52
Gesundheitswirtschaft und Gesundheitspolitik	56
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	60
Europa	62
Globalisierung und Welthandel	66
Internationale Märkte	70
Entwicklungszusammenarbeit	74
Quellenverzeichnis	78
Abbildungsverzeichnis	84
Impressum	86

Digitalisierung und Industrie 4.0



Langversion

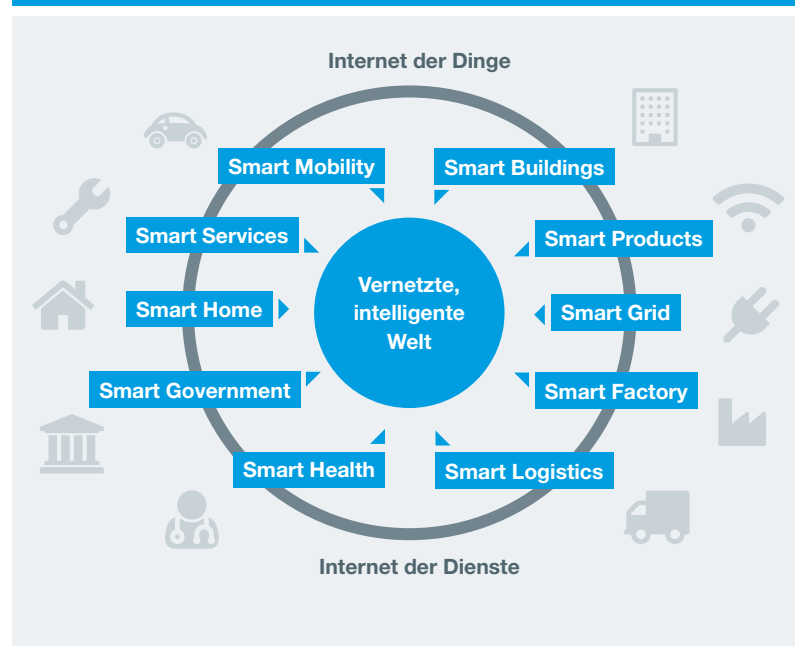
www.bdi.eu/wahl17

Worum geht es?

Die Digitalisierung unserer Wertschöpfungsprozesse und Arbeitsabläufe sowie die Auswirkungen der Digitalisierung auf unser gesellschaftliches Miteinander sind seit Jahren ein wichtiges Thema. Diese Entwicklung bietet viele Möglichkeiten. Bis 2025 kann Europa durch eine vernetzte, effizientere Wirtschaft und neue Geschäftsmodelle einen Zuwachs von 1,25 Billionen Euro an industrieller Bruttowertschöpfung erzielen. Die Digitalisierung ermöglicht der deutschen Industrie, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

Die Digitalisierung konfrontiert Industrie und Gesellschaft auch mit einem Strukturwandel. Es ist wichtig, dass die Politik diesen Strukturwandel konstruktiv begleitet; erste Schritte sind mit der „Digitalen Agenda“ gegangen worden. Auch die Wirtschaft hat unter anderem mit der Arbeit der „Plattform Industrie 4.0“ gute Fortschritte erzielt. Darauf aufsetzend brauchen Unternehmen in den nächsten Jahren: Mehr Tempo beim Breitbandausbau, mehr Investitionen in digitale Innovationen, mehr qualifizierte Mitarbeiter, mehr Vertrauen in die IT-Sicherheit, mehr Wagniskapital für Start-ups und mehr Tempo bei E-Government. Mit Unterstützung der Politik kann aus der digitalen Transformation der Industrie die erhoffte Erfolgsgeschichte für Deutschland werden.

Das Internet der Dinge und Dienste verändert sämtliche Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft



Grafik 1 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Ansprechpartner

Abteilung
Digitalisierung, Innovation
und Gesundheitswirtschaft

Iris Plöger

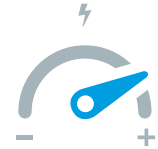
Abteilungsleiterin
T +49 30 2028-1461
I.Ploeger@bdi.eu

Handlungsempfehlungen

Breitbandnetze für Gigabit-Gesellschaft vorantreiben

- 29 % der Unternehmen auf dem Land verfügen über ≥ 50 Mbit/s.¹

- Bis 2025 Gigabit-Infrastrukturen flächendeckend bedarfsgerecht schaffen.
- Investitionsanreize setzen, fairen Investitions- und Infrastrukturwettbewerb sichern.
- Technologie- und anbieterneutral fördern, wenn eigenwirtschaftlicher Ausbau unmöglich.



Erfolgreiche 5G-Einführung sichern

- 5G setzt Bereitstellung weiterer Frequenzen und weiträumigen Glasfaserausbau voraus.

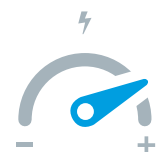
- Investitionsfreundliche Frequenzregulierung schaffen. Spektrum-Vergabe in Europa weitgehend harmonisieren.
- Spielräume und Anreize für Investitionen in 5G-geeignete Glasfasernetze schaffen.
- Netzneutralität innovationsoffen gestalten.



Europäischen digitalen Binnenmarkt zügig realisieren

- Nationale Fragmentierung des europäischen digitalen Marktes behindert Innovationen und Investitionen.

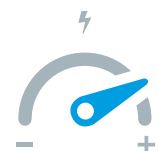
- EU-Datenschutzgrundverordnung in EU einheitlich umsetzen.
- Nationale Sicherheitsanforderungen für kritische IT-Infrastrukturen auf Grundlage der NIS-Richtlinie EU-weit harmonisieren.



Ordnungsrahmen für digitale Plattformen modernisieren

- Digitale Plattformen verändern Marktbedingungen.

- Modernisierung und Straffung des Rechtsrahmens prioritär angehen, zusätzliche Regelungen vermeiden.
- Level-Playing-Field zwischen analogen und digitalen Geschäftsmodellen gewährleisten. Unterschiede von B2C- und B2B-Plattformen beachten.





Rechtsrahmen an Digitalisierung anpassen

- Deutscher Rechtsrahmen ist gut aufgestellt, nur punktuelle Anpassungen notwendig.²

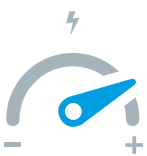
- Bislang kein „Eigentumsrecht“ an Industriedaten erforderlich.
- Haftungsfragen bei autonomen Systemen klären.
- Bei Bedarf Innovationsprojekte zeitlich/örtlich begrenzt von Regulierung befreien (Experimentierräume).³



Arbeitswelt auf Digitalisierung vorbereiten

- Deutsche Achtklässler liegen im internationalen Vergleich von IT-Kompetenzen im Mittelfeld.⁴

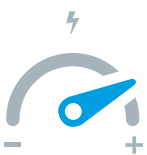
- Bildung und lebenslanges Lernen in Gesellschaft verankern.
- Digitale Kompetenzen frühzeitig vermitteln.
- Flexible Arbeitsformen nicht durch Regulierung behindern.



Vertrauen in IT-Sicherheit stärken

- 69 % der deutschen Industrieunternehmen wurden in den letzten zwei Jahren Opfer von IT-Angriffen. Komplexität und Häufigkeit steigen.^{5,6}

- Bestehende Initiativen von Politik und Wirtschaft zusammenführen.
- Freiwillige Sicherheitszertifizierung der Industrie unterstützen.
- Sichere Verschlüsselung ohne Backdoors ermöglichen.



Wettbewerbsfähigkeit der Cybersicherheitsbranche stärken

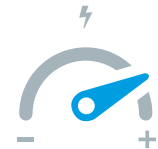
- Cybersicherheit ist ein Standortvorteil. Für Unternehmen ergeben sich große Marktchancen.

- Handelsbarrieren der Exportkontrolle abbauen.
- Finanzielle Anreize für Innovationen in der IT-Sicherheit schaffen.
- Öffentliche Beschaffung weiterentwickeln.
- Mehr Fachkräfte im Bereich Cybersicherheit ausbilden.

Investitionen in Digitalisierung fördern

- 75 % aller Unternehmen fürchten hohe Investitionskosten.⁷
- KMU haben begrenzte Mittel für F&E-Investitionen in Digitalisierung.

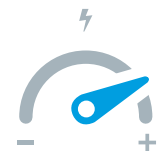
- Förderpolitik an Digitalisierung anpassen, z. B. förderfähige Kosten, Laufzeiten, Haftungsübernahmen.
- Steuerliche F&E-Anreize über volumenbasierte Gutschriften einführen.



Digitalisierung durch Industrie-Start-ups voranbringen

- Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland sinkt weiter. Aber positive Entwicklung bei innovativen Gründungen.⁸

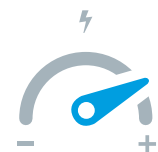
- Unternehmertum in Schulbildung verankern.
- Regionale Gründerinitiativen unterstützen.
- Pioniergeist und Risikobereitschaft fördern.



Level-Playing-Field für Infrastrukturbetreiber und Kommunikationsdienste schaffen

- Anteil Over-the-top-Dienste (z. B. WhatsApp) am Sprachverkehr seit 2011 verdoppelt.⁹

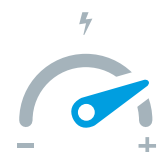
- Gleiche Regeln für substituierbare Dienste schaffen (insb. Kunden- und Datenschutz, öffentliche Sicherheit).
- Veraltete Regelungsvorgaben zurückführen.
- Keine Einschränkung für Over-the-top-Dienste, die nicht im Wettbewerb zu regulierten Diensten stehen.



Tempo bei E-Government erhöhen

- 53 % der Deutschen nutzen das Internet für Interaktion mit Behörden; Deutschland belegt 11. Platz im europäischen Vergleich.¹⁰

- „Open Data by Default“ für Verwaltungsbehörden einführen.
- Akzeptanz und Nutzung des neuen Personalausweises als Identitätswerkzeug der digitalen Welt stärken.



Mittelstand und Familienunternehmen

Worum geht es?



Langversion

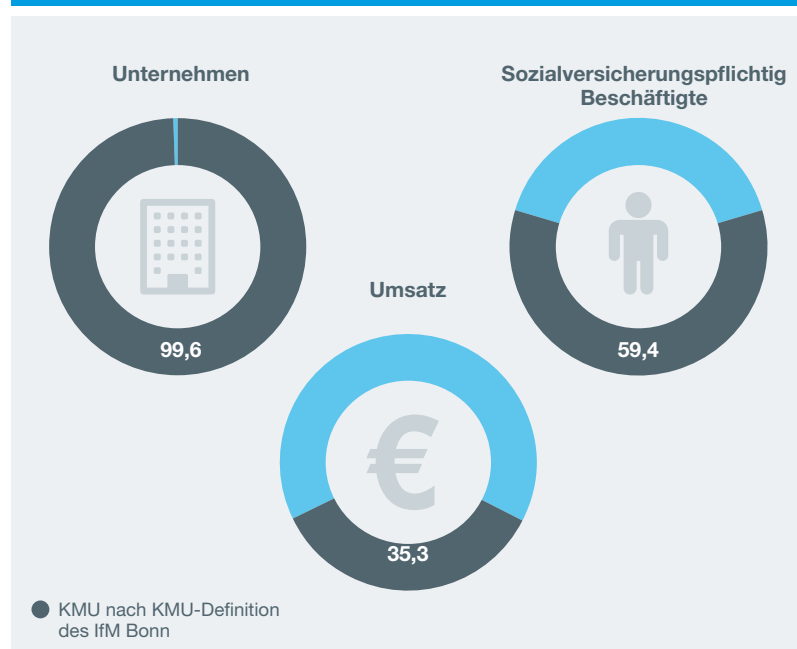
www.bdi.eu/wahl17

99 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland sind mittelständisch geprägt. Sie sind Arbeitsplatzgarant Nr. 1, dynamischer Ausbildungsanbieter und leistungsfähiger Motor für den größten Teil der deutschen Wirtschaftsleistung.

Viele gesetzliche – meist national entstandene – Rahmenbedingungen verschlechtern jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen stetig. Sie sind belastet durch massiv steigende Energiekosten über verschärftes Steuerrecht hin zu zusätzlichen Umweltvorgaben. Konkrete Beispiele sind EEG-Umlage, Erbschaftsteuer und TA Luft. Nationale Maßnahmen treffen den standorttreuen Mittelständler im internationalen Wettbewerb hart. Erste Folgen sind spürbar: Investition und Innovation gehen zurück, die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend in Gang.

Wer politische Weichen richtig stellen will, muss den Anliegen des industriellen Mittelstands Priorität einräumen. Wirtschaftspolitik muss wieder stärker Mittelstandspolitik sein. Moderne Mittelstandspolitik stärkt Unternehmen, Arbeitnehmer und Gesellschaft. Sie stärkt den Standort Deutschland.

Anteile der Unternehmen in Deutschland mit bis zu 500 Mitarbeitern 2012 (in Prozent)



Ansprechpartner

Abteilung
Mittelstand und Familienunternehmen

Fabian Wehnert

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1470
F.Wehnert@bdi.eu

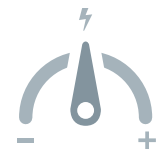
Grafik 2 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Energiekosten des Mittelstands begrenzen

- Nationaler Steueranteil an Energiekosten bei über 50 %.¹¹
- Energieintensive Mittelständler immer öfter in Existenz bedroht.

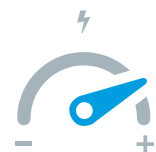
- Ansteigen der Energiekosten vermeiden.
- Eigenstrom-Bestandsanlagen energieintensiver Mittelständler weiter von EEG-Umlage befreien.
- Energieeffizienz im Mittelstand besser fördern.



Innovationen im Mittelstand stärken

- Mittelständler fallen im Innovationswettbewerb zurück – international und im Vergleich zu großen Unternehmen.

- Förderung optimal auf Mittelstand ausrichten.
- Steuerliche F&E-Förderung etablieren, themenoffene Projektförderung ausbauen.
- Fachkräftemangel u. a. durch mehr Bildung (MINT-Bereich) begegnen.



Digitalisierung im Mittelstand vorantreiben

- Unternehmen stehen vor teilweise existentiellen Herausforderungen.
- Fehlende/mangelhafte digitale Infrastruktur in der Fläche.

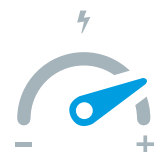
- Bis 2025 Gigabit-Infrastrukturen flächendeckend bedarfsgerecht schaffen.
- IT-Sicherheit stärken.
- Aus- und Fortbildungszentren für Fachkräfte in der Fläche erhalten und ausbauen.



Industrielle Gründungen als Mittelstand von morgen effektiv unterstützen

- Gründungskultur in Deutschland schwach ausgeprägt.
- Start-ups wichtige Partner mittelständischer Unternehmen.

- Kooperationen von Start-ups, Mittelständlern, Großunternehmen und Wissenschaft besser ermöglichen.
- Bürokratische und steuerrechtliche Hürden für Gründungen abbauen.





Mittelstand in der Umweltpolitik mitdenken

- Zunehmende umweltrechtliche Regulierung bedrängt Mittelstand.
- Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sinkt.

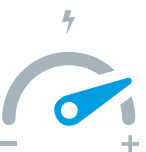
- Über EU-Recht hinausgehende Vorgaben vermeiden.
- Folgen umweltrechtlicher Regulierung gezielt prüfen und bewerten.
- Planungssicherheit erhöhen, Genehmigungsverfahren beschleunigen.



Bürokratieabbau nachhaltig angehen

- Anstieg des Erfüllungsaufwandes seit 2011: 12 Mrd. Euro.¹²
- Bürokratische Lasten treffen Mittelstand besonders.

- Wirksame Bürokratieabbaumechanismen institutionalisieren, Normenkontrollrat stärken.
- Ehrgeiziges Bürokratieabbauziel definieren und entschlossen umsetzen.
- E-Government ohne Medienbrüche forcieren.



Internationalisierung des Mittelstands unterstützen

- Mittelständler häufig Weltmarktführer in Nischenmärkten.
- Auslandsmärkte oft Wachstumsmotor.

- EU-Binnenmarkt weiter öffnen und fortentwickeln.
- Weltweit Protektionismus bekämpfen; Handelshemmnisse abbauen.
- Auslandsinvestitionen wirksam schützen.



Ausdifferenzierte Unternehmens- und Branchenstruktur erhalten

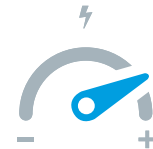
- Mittelständler oft Teil globaler Wertschöpfungsverbünde.
- Kommunen zunehmend Wettbewerber.

- Wettbewerb bei niedrigen Markteintritts- und Austrittsschranken sichern.
- Reziprozität bei ausländischen Direktinvestitionen durchsetzen.
- Re-Kommunalisierung verhindern.

Steuerpolitik mittelstandsfreundlich gestalten

- Finanzielle und bürokratische Belastungen weiter gestiegen.
- Rechtliche Komplexität kaum noch handhabbar.

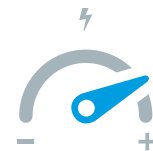
- Reformstau im Unternehmensteuerrecht auflösen.
- Erbschaftsteuer rechtssicher ausgestalten, Bewertungsfehler beheben.
- Steuerliche Hemmnisse für F&E abbauen.



Europa für Mittelstand nutzbar machen

- EU ist Heimatmarkt und Basis globaler Aktivität vieler Mittelständler.

- EU-Binnenmarkt vollenden, gleiche Wettbewerbsbedingungen sichern.
- EU-Handelspolitik für Mittelstand weiter erschließen.
- KMU-Definition qualitativ fortentwickeln.







Steuerpolitik und Öffentliche Finanzen

Worum geht es?



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Steuerpolitik ist mehr als ein rein fiskalisches, vielmehr auch ein nationales wirtschaftspolitisches Instrument. Staaten konkurrieren um mobile Investitionen. Steuern werden so im internationalen Wettbewerb zu einem der wichtigsten Standortfaktoren. Hierbei kommt es auf die Höhe der Steuerbelastung, aber auch auf die Verlässlichkeit von steuerlichen Rahmenbedingungen sowie Planungs- und Rechtssicherheit mit Blick auf Gesetzgebung und Vollzug an.

Die Politik ist auf nationaler wie internationaler Ebene gefordert, die Position von deutschen Unternehmen im globalen Wettbewerb zu stärken, Mehrfachbesteuerung zu vermeiden sowie deutsches Steuersubstrat und Steuerdaten zu schützen.

Es bedarf zudem einer weitergehenden Reformbereitschaft, um neben generellen, strukturellen Verbesserungen durch eine stärkere ertragsorientierte Unternehmensbesteuerung vor allem bessere steuerliche Bedingungen für Forschung und Entwicklung zu schaffen.

Die Politik muss auch auf die aktive Niedrigzinspolitik der Zentralbanken reagieren, um die daraus resultierenden Verwerfungen im Steuerrecht aufzufangen. Die andauernde Niedrigzinsphase eröffnet der Politik zugleich den finanzpolitischen Gestaltungsspielraum für steuerpolitische Struktur-reformen, z. B. Reform des Abzinsungssatzes von Pensionsrückstellungen oder der Regelungen über die Verzinsung von Steuer(nach)forderungen und Erstattungen.

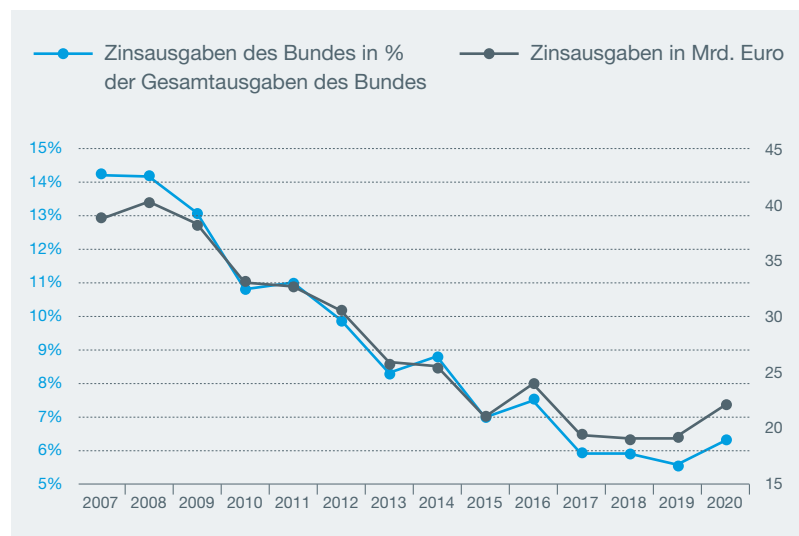
Ansprechpartner

Abteilung
Steuern und Finanzpolitik

Berthold Welling

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1507
B.Welling@bdi.eu

Sinkende Ausgaben durch Niedrigzinsumfeld



Grafik 3 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Rekordsteuereinnahmen für nachhaltige Steuerstrukturreformen nutzen

- Steuermehreinnahmen 2017-2021: Bund über 98 Mrd. Euro.¹³
- Öffentliche Haushalte profitieren von Niedrigzinsphase und guter Konjunktur.

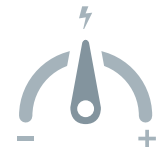
- Mehreinnahmen für steuerpolitische Strukturreformen nutzen.
- Auslaufen des Solidaritätszuschlags in den Blick nehmen.
- Steuermehrbelastungen vermeiden.



Belastungsnachteile durch BEPS-Prozess für deutsche Unternehmen vermeiden

- BEPS-Maßnahmen sorgen für Rechtsunsicherheit und Besteuerungskonflikte. Deutschland führt bereits OECD-weit die meisten Streitverfahren mit anderen Staaten über Besteuerungsrechte.¹⁴

- BEPS-Umsetzung mit Augenmaß; Doppelbesteuerungen vermeiden.
- Ressourcen zur Streitbeilegung stärken.



Steuern auf EU-Ebene mit Augenmaß harmonisieren

- EU-Vorgaben dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht einschränken.

- Unternehmensbesteuerung durch gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage nicht verschärfen.
- Öffentliches Country-by-Country-Reporting zur Vermeidung von Doppelbesteuerung nicht einführen.



Reformstau im Unternehmensteuerrecht auflösen

- Belastungsneutralität von Personen- und Kapitalgesellschaft nicht gegeben.
- Auslegung von Hinzurechnungsvorschriften im Gewerbesteuerrecht führt zu Rechtsunsicherheit.

- Thesaurierungsbelastung für Personengesellschaften absenken.
- Gemischte Verträge für Gewerbesteuerhinzurechnungen nicht aufschlüsseln.





Investitionen in F&E durch steuerliches Anreizsystem steigern

- Eine breite steuerliche F&E-Förderung trägt dazu bei, den Anteil der privaten F&E-Aufwendungen auf ein weiteres Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.¹⁵

- Volumenbasierte Steuergutschrift für alle innovativen und forschenden Unternehmen einführen.
- Steuerliche F&E-Hemmnisse abbauen.



Erbschaftsteuer rechtssicher und mittelstandsfreundlich ausgestalten

- In 4 von 10 großen Familienunternehmen stehen in nächsten 10 Jahren Generationswechsel an.¹⁶
- Ca. 65 % davon sind Schenkungen.¹⁷

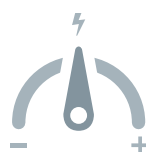
- Überbewertung von familiengeführten Unternehmen beheben.
- Zinslose Stundung einführen.
- Verwaltungsanweisung zur Erbschaftsteuer für mehr Rechtssicherheit maßvoll gestalten.



Wettbewerbsnachteile im Steuerrecht durch Niedrigzinspolitik beheben

- Gesetzliche Zinssätze im Steuerrecht sind mit Blick auf den Marktzins bei Pensionsrückstellungen und Verzinsung von Steuerforderungen deutlich überzeichnet.

- Zinssätze bei Pensionsrückstellungen und Verzinsung von Steueransprüchen sowie gewerbesteuerlichen Zinsanteilen an Marktniveau anpassen.
- Bewertungsmethode für gewinnorientierte Pensionszusagen anpassen.



Grundsteuer aufkommensneutral und transparent reformieren

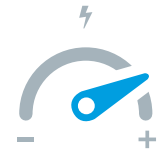
- Grundsteueraufkommen: rund 13 Mrd. Euro/Jahr.
- Grundsteuerermittlung basiert auf Wertverhältnissen von 1964/1935.
- Reform verfassungsrechtlich geboten.

- Grundsteuer aufkommensneutral reformieren.
- Erhebungsverfahren vereinfachen und transparent gestalten.
- Mehrbelastungen vermeiden.

Umsatzsteuer rechtssicher und praxisnah ausgestalten

- Unternehmen tragen Kosten des Steuervollzugs für den Staat.
- Weitreichende Haftungspflichten der Unternehmen reduzieren das Steuerausfallrisiko des Staates.

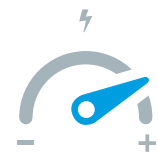
- Umsatzsteuerregelungen rechtssicher und belastungsneutral ausgestalten, insbesondere im Unternehmensverbund.
- Praxistauglichkeit für Wirtschaft und Verwaltung gewährleisten.



Energiebesteuerung beihilferechtlich absichern

- Beihilferechtliche Vorgaben geben gesetzlichen Rahmen für energiepolitische Weichenstellung vor.

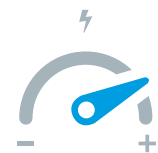
- Entsprechende Balance zwischen energiepolitischer Steuerung und Förderung fortführen.
- Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nicht durch unnötige Verschärfungen vermindern oder gefährden.



Erfüllungspflichten des Arbeitgebers im Lohnsteuerverfahren praxistauglich ausgestalten

- Berechnung und Abführung der Lohnsteuer und Sozialabgaben kostet die Wirtschaft über 6 Mrd. Euro/Jahr.¹⁸

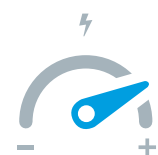
- Arbeitgeberpflichten realitätsgerecht ausgestalten (z. B. Betriebsveranstaltung, Sachbezüge).
- Komplexität abbauen; Rechtssicherheit schaffen.



Regelungen zur Abschlussprüfung und zur Rechnungslegung maßvoll weiterentwickeln

- Uneinheitliche Umsetzung der Abschlussprüferreform in Europa gefährdet Prüfungsqualität.
- Übermäßige Berichtspflichten belasten alle Unternehmen.

- Administrierbarkeit der Abschlussprüferreform in Europa verbessern.
- Zusätzliche Berichtspflichten vermeiden.



Energiepolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Worum geht es?

In der Energiepolitik wurden in den letzten Jahren enorme Veränderungen angestoßen, die alle Bürger und Unternehmen betreffen: Atomausstieg, Ausbau der erneuerbaren Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Fortschritte der Elektromobilität. All das dient dem Umbau der Energieversorgung, den die deutsche Politik für die nächsten 35 Jahre plant. Bis 2050 soll der Energieverbrauch Deutschlands nur noch halb so groß sein wie heute und der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 80-95 Prozent gestiegen sein.

Die Industrie ist ein maßgeblicher Akteur der Energiewende. Sie baut Windräder, „Stromautobahnen“ und Niedrigenergiehäuser. Für die Industrie kann die Energiewende eine Chance für Innovation und neue Märkte bedeuten. Zugleich birgt sie aber auch ernste Risiken: Strompreise, die wegen der Erneuerbaren-Förderumlage und steigenden Netzkosten zu den höchsten in Europa zählen, erfüllen viele Unternehmen und Bürger mit Sorge; konventionelle Kraftwerke, die die Versorgungssicherheit garantieren, schreiben rote Zahlen; die energetische Gebäudesanierung kommt zu langsam voran.

Energiepolitik muss berechenbarer werden und darf kein Risikofaktor für die Wertschöpfungsketten der Industrie sein. Denn nur mit einer starken Industrie kann es gelingen, die Energiewende hier zu entwickeln, zu bauen und zu einem Exportschlager zu machen.

Ansprechpartner

Abteilung

Energie- und Klimapolitik

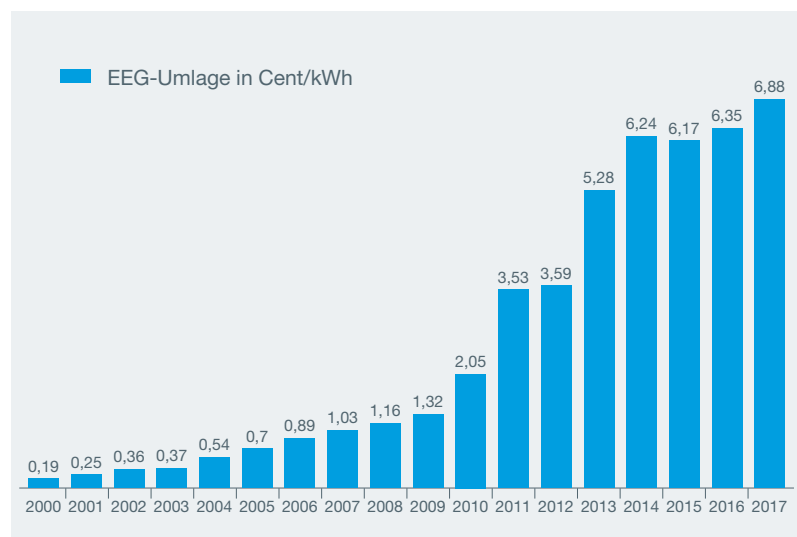
Dr. Carsten Rolle

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1595

C.Rolle@bdi.eu

Entwicklung EEG-Umlage 2000-2017



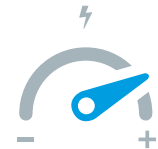
Grafik 4 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Impulse zur Mobilisierung der Gebäudeenergieeffizienzpotenziale setzen

- Gebäude sind für rund ein Drittel des CO₂-Ausstoßes und einen großen Teil des Energieverbrauchs verantwortlich.¹⁹
- Das Sanierungsvolumen ist stark gesunken.²⁰

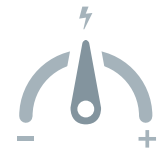
- Für das Erreichen der Einsparziele steuerlichen Anreiz setzen.
- Förderprogramme vereinfachen.



Anstieg der Netzentgelte bremsen

- Seit 2011 sind die Industrie-Netzentgelte um 41 % gestiegen.²¹
- Redispatchkosten sind 2015 auf 412 Mio. Euro gestiegen.²²

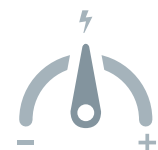
- Redispatchkosten durch schnelleren Netzausbau senken.
- Verzahnung Erneuerbaren-Zubau und Netzausbau weiter verbessern.



Finanzierung des EEG auf den Prüfstand stellen

- EEG-Umlage steigt: 2017 wird sie bei 6,88 Cent/kWh liegen und damit um 11 % steigen.²³
- 96 % der Industrieunternehmen zahlen die Umlage, ihre Wettbewerber im Ausland nicht.²⁴

- Die in Bundesländern und Wissenschaft entwickelten Alternativen zum EEG-Umlagesystem aufgreifen und prüfen.

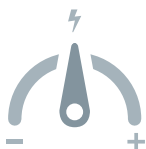


Energieeffizienz in der Industrie: Aktionismus vermeiden

- Energiemanagementsysteme, Energieaudits, Energieeffizienznetzwerke, Vereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz: viele längerfristig wirkende Maßnahmen wurden in letzter Zeit gestartet.^{25, 26}
- US-NGO wählte Deutschland 2016 erneut zum Effizienzweltmeister.²⁷

- Vorhandene Instrumente wirken lassen.





Sektorkopplung technologieoffen denken

- Sektorkopplung wird oft als Elektrifizierung Verkehr/Heizung gesehen.
- Verbrauch des Erneuerbaren-Energie-Stroms wird bis 2030 um etwa 90 % steigen.²⁸

- Sektorkopplung technologieoffen und kostenorientiert verstehen, incl. Erdgas, Wasserstoff.
- Bestehende Infrastruktur (z. B. Gasnetze) nutzen.
- Steuern und Umlagen wettbewerbsneutral gestalten.



Energieunion vertiefen

- Volle Integration des Energiebinnenmarktes bringt 12-40 Mrd. Euro/Jahr Effizienzgewinne.
- Stärkere Europäisierung bei erneuerbaren Energien spart weitere 16-30 Mrd. Euro/Jahr.²⁹

- Energiebinnenmarkt vollenden und Netzausbau EU-weit voranbringen.
- Erneuerbare Energien in Markt integrieren und ausbauen, wo sie höchste Erträge erzielen.



Prioritäten für Energieforschung setzen

- Staatliche Energieforschungsausgaben sind gestiegen.³⁰
- Viele ungelöste Aufgaben der Energiewende erfordern weitere Forschung.

- Prioritäten an globalen Marktpotenzialen ausrichten.
- Budgets für Energieforschung in der Industrie erhöhen und technologieoffen gestalten.



Rahmenbedingungen für gemeinsamen Flexibilitätsmarkt schaffen

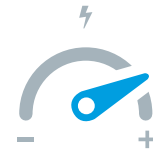
- Mit mehr Erneuerbaren-Strom steigt der Flexibilitätsbedarf im Stromsystem.
- Gesamt-Stromverbrauch tritt zeitweise in den Hintergrund.³¹

- Gemeinsamen Marktplatz für Effizienzinstrumente einrichten.
- Gegensätzliche Wirkung von Flexibilität und Effizienz berücksichtigen.

Potenziale der Digitalisierung nutzen

- Intelligente Technik reduziert Kosten für Netzausbau um bis zu 20 %.³²

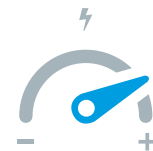
- Anreizregulierung muss Einsatz neuer Netztechnologien honorieren.
- Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende an neue Techniken anpassen.
- Einfachen Strommarkt-Zugang für neue Akteure schaffen.



Klare und erfüllbare Vorgaben zu Gebäudeenergieeffizienz gewährleisten

- Vorgaben zu Gebäudeenergieeffizienz steigen kontinuierlich.
- Rechtsrahmen mit seiner Vielzahl von Gesetzen ist zu komplex.

- Vorgaben erfüllbar fassen, für Bestandsbauten auf Minimum beschränken.
- Rechtsrahmen harmonisieren und vereinfachen.



Klimapolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Ansprechpartner

Abteilung

Energie- und Klimapolitik

Dr. Carsten Rolle

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1595

C.Rolle@bdi.eu

Worum geht es?

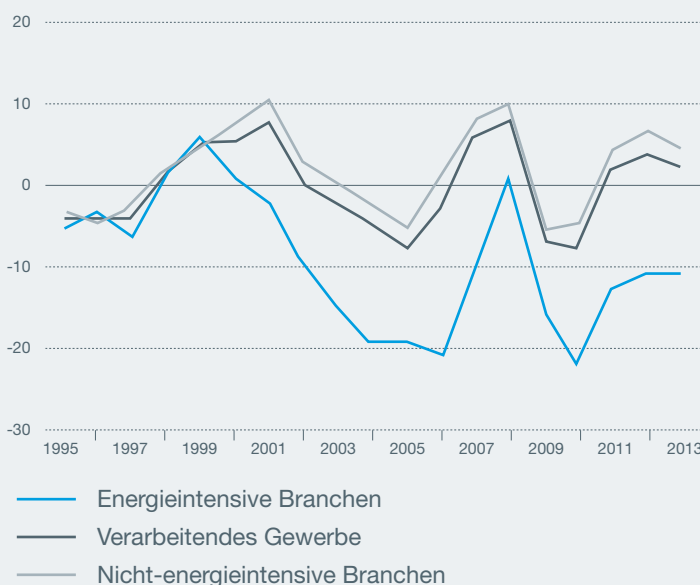
Die Industrie ist mit innovativen Lösungen ein Schlüssel für Klimaschutz in fast allen Bereichen. Die Umsetzung der Energiewende wird mit dem aktuellen Instrumentenmix aber teurer als nötig. Denn die Vielzahl der Ziele und Instrumente in der Energie- und Klimapolitik führt zu Ineffizienzen.

Seit 2005 bildet der europäische Emissionshandel (EU ETS) das Herz- und Verbindungsstück der europäischen und deutschen Klimapolitik. Durch eine Stärkung des EU ETS zu einem Leitinstrument könnte das aktuell existierende Nebeneinander verschiedener Ansätze in der Energie- und Klimapolitik überwunden werden.

Die Reform für die vierte Handelsperiode (2021-2030) wird zu steigenden CO₂-Preisen und zu steigenden Belastungen für Unternehmen führen. Daher sollte zumindest auf zusätzliche nationale Instrumente verzichtet werden. Die Energiewende kann nur im europäischen Kontext gelingen – europäische Instrumente sind zu stärken. Die deutsche Klimapolitik sollte Klimaschutz nicht absolut setzen, sondern sich stärker an Industriezielen und am europäischen Kontext orientieren. Deutschland emittiert gut 2 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Wir können der Welt zeigen, mit welchen Lösungen und Technologien wir zu Klimaschutz und Wachstum beitragen können; dazu brauchen wir weiter leistungsfähige Unternehmen in Deutschland.

Energieintensive Industriebranchen investieren weniger

Anteil der nom. Nettoanlageinvestitionen an den nom. Bruttoanlageinvestitionen, Deutschland (in Prozent)



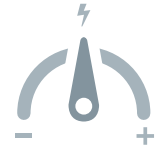
Grafik 5 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

EU ETS als Leitinstrument etablieren

- Milliardenbeträge könnten durch mehr Konsistenz gespart werden.³³
- Mit EU ETS nicht abgestimmter Erneuerbaren-Ausbau und Effizienzsteigerungen bringen nicht mehr Klimaschutz.

- Klimapolitik konsistenter machen und Treibhausgasminderung als Leitziel verankern.
- Zertifikate bei nationalen Zielen nicht national löschen.



Kostenbelastung der Unternehmen durch EU ETS begrenzen

- Unternehmen befürchten deutliche Kostensteigerungen.
- EU-Kommission rechnet mit 25 Euro/t in der vierten Handelsperiode.³⁴

- Industrie-Cap für die vierte Handelsperiode erhöhen.
- Realistisch erreichbare Benchmarks definieren.
- Strompreiskompensation erhalten und ausbauen.



Wertschöpfungsketten in Deutschland stärken

- V. a. in energieintensiven Branchen ist schleichende Abwanderung beobachtbar.³⁵
- Integrierte Wertschöpfung ist essentiell für Industriestandort Deutschland.

- Investitionssicherheit v. a. für energieintensive Unternehmen schaffen.
- Mehr in F&E-Unterstützung investieren, um Innovationspotenziale freizusetzen.



Klimaschutz: Sorgfalt statt Hast

- Klimaschutzplan 2050 aus dem Jahr 2016 fehlte als unerlässliche Grundlage Impact Assessment, Preisschild und technologische Machbarkeitsanalysen.³⁶

- Fundierte Faktenbasis für künftige Klimapolitik erarbeiten.
- Bestehenden nationalen Klimazielkorridor erhalten (80-95 % bis 2050).



Umwelt-, Technik- und Nachhaltigkeitspolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

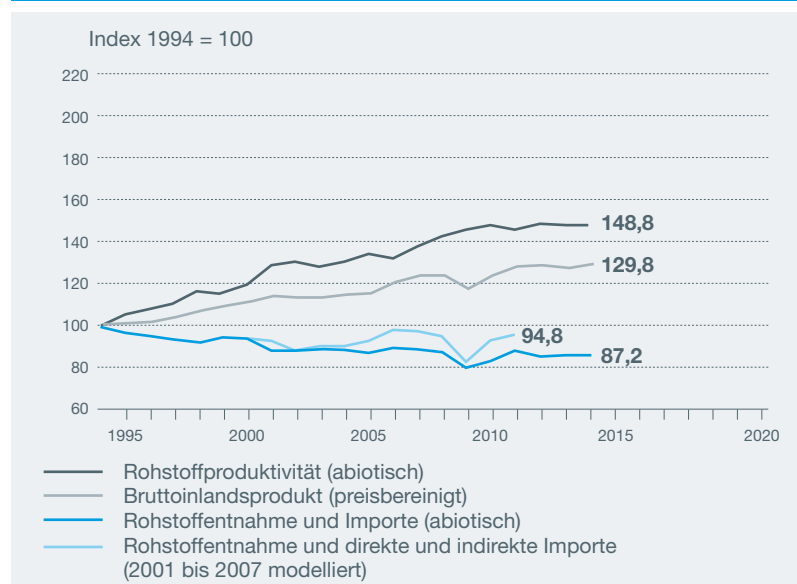
Worum geht es?

Deutsche Produkte werden weltweit für ihre Qualität geschätzt, zudem wird die deutsche Industrie als beispielgebend für umweltverträgliche Produktion und Produkte angesehen. Beträchtliche Fortschritte wurden hier über die letzten Jahrzehnte erzielt, dabei wurden gleichermaßen Wohlstand, Wachstum und Teilhabe gesichert.

Gleichwohl bleibt die Industrie im Fokus ambitionierter Umweltpolitik, obwohl sie längst nicht mehr führender Verursacher jeglicher Umweltbeeinträchtigung ist. Beispiele für solch weitreichende Ambitionen sind zuletzt die deutlich über EU-Vorgaben hinausgehenden Novellen des Störfallrechts und der TA Luft. Angesichts des Erreichten drängen sich daher elementare Fragen auf: Welches Ziel streben wir final an? Ist eine Zielsetzung ohne jegliche Umweltauswirkung industrieller Aktivität oder allgemein menschlichen Handelns sinnvoll? Sind die immensen Aufwendungen dafür gegenüber anderen politischen Aufgaben vertretbar?

Wir brauchen daher einen breiten gesamtgesellschaftlichen Dialog dazu, wie wir für die Zukunft im besten Sinne der Nachhaltigkeit mit Augenmaß anspruchsvolle und verlässliche Umweltziele mit Wachstum und Wohlstand verbinden können.

Entwicklung der Rohstoffproduktivität in Deutschland von 1994 bis 2014



Grafik 6 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Ansprechpartner

Abteilung

Umwelt, Technik und Nachhaltigkeit

Dr. Thomas Holtmann

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1550

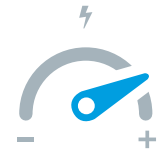
T.Holtmann@bdi.eu

Handlungsempfehlungen

Industrie als Wegbereiter von Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum stärken

- Die deutsche Rohstoffproduktivität stieg von 1994 bis 2014 um 49 %.³⁷
- Steigerungspotenzial vor allem bei KMU.

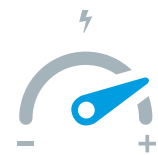
- Hilfen für KMU (s. ProgRes II) schnell umsetzen und in ProgRes III fortsetzen.
- Chancen für mehr Ressourceneffizienz durch Industrie 4.0 nutzen.



Planungssicherheit bei Anlagengenehmigung als Standortfaktor erkennen

- Verwaltungsgerichtliche Verfahren dauern im Schnitt 45,7 Monate, dies ist kostspielig und standortgefährdend.³⁸

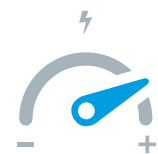
- Durch verlässliche Rahmenbedingungen den Industriestandort stärken.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- Klagerechte interessengerecht begrenzen.



Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft verbessern

- Industrie praktiziert nachhaltiges Abfallmanagement.
- Kommunen wollen Privatunternehmen verdrängen.

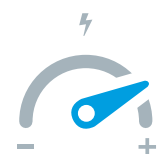
- EU-Abfallrecht konsequent und einheitlich umsetzen.
- Produktverantwortung und Wettbewerb stärken.
- Rohstoffsicherung durch Forschung zu Recycling von Technologiemetallen ausbauen.



Naturschutz stärken, Artenschutz in Genehmigungsverfahren rational umsetzen

- Umsiedlungskosten für eine Zauneidechse: ca. 8.600 Euro.³⁹
- Einfangen geschützter Arten zur Umsiedlung jedoch verboten.

- Einzelne Tiere ohne überzogenen Aufwand schützen.
- Fangen geschützter Arten zur Umsiedlung ermöglichen.
- Größere und zusammenhängende Ausgleichsflächen schaffen.





Wettbewerbsfähigkeit unter REACH stärken, Planungssicherheit erhöhen

- Bisher mehr als 54.000 Registrierdossiers für 14.000 Stoffe.⁴⁰
- Die Chemikalien-Zulassung führt zum Wegfall von Stoffen.

- REACH-Verordnung unverändert beibehalten.
- KMU bei der REACH-Registrierung unterstützen.
- Zulassungsprozess unter REACH vereinfachen.



Bei der Umsetzung von EU-Umweltschutzvorgaben Wettbewerbsfähigkeit beachten

- Deutsches Umweltrecht ist in der EU sehr ambitioniert, nationale Sonderwege benachteiligen deutsche Industrie.

- 1:1-Umsetzung von EU-Recht, um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern z. B. bei Emissionsgrenzen für Luftschadstoffe (NERC) und bei mittelgroßen Feuerungsanlagen (MCP).



Mit Nachhaltigkeit Wohlstand sichern und Umwelt bewahren

- Industrie verringert Umweltauswirkungen: Heute 28 % weniger CO₂-Emissionen als 1990.⁴¹
- Wohlstand nur durch Wachstum und Innovationen.

- Wettbewerbsfähigkeit gleichberechtigt zu gesellschaftlichen und ökologischen Aspekten positionieren.
- Rahmenbedingungen müssen Wertschöpfungsketten sichern.



Wirtschaft und Menschenrechte: Anspruch und Wirklichkeit vereinen

- Unternehmen engagieren sich in Aktionsbündnissen.
- Unternehmen können fehlende staatliche Strukturen in Konfliktgebieten nicht ersetzen.

- Engagement der Unternehmen bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes stärker würdigen.
- Gesetzliche Verpflichtung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten vermeiden.



Verkehrspolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Worum geht es?

Die Industrie ist auf zuverlässige und effiziente Logistikketten angewiesen. Die Anforderungen an eine wettbewerbsfähige Logistik als integraler Bestandteil industrieller Wertschöpfungsketten steigen insbesondere durch die voranschreitende Digitalisierung industrieller Produktion weiter an. Hier muss die Logistik Schritt halten können. Um diesen Weg erfolgreich weiter gehen zu können, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Mit steigender Transportnachfrage für Güter und wachsenden Mobilitätsbedürfnissen der Menschen besteht auch die Notwendigkeit, Mobilität zu einem nachhaltigen und emissionsarmen Verkehr weiterzuentwickeln. Dieser Herausforderung stellt sich die deutsche Industrie durch innovative Technologien und Lösungen sowie durch verbesserte Effizienz. Regulierungen müssen dabei immer eine Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen finden. Einseitige Zielverschärfungen im Bereich der Mobilität und Logistik schaden dem Industriestandort Deutschland und bringen wenig für den internationalen Klimaschutz. Ziel muss sein, einzelne Verkehrsträger stärker zu vernetzen, die Digitalisierung voranzutreiben, bedarfsgerechten Infrastrukturausbau sicherzustellen sowie bestehende Infrastrukturen effizient und ressourcenschonend zu nutzen.

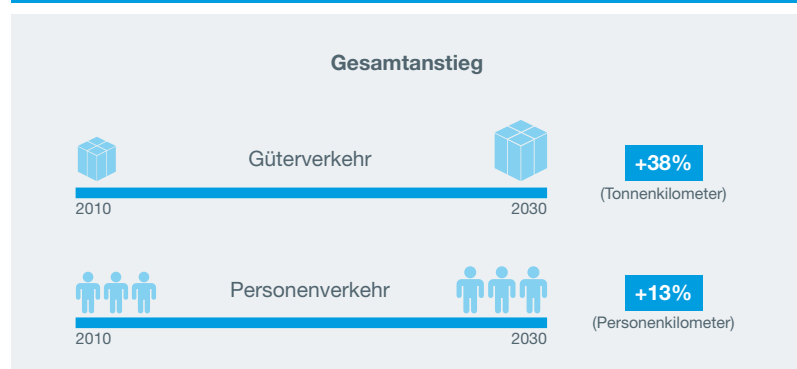
Ansprechpartner

Abteilung
Mobilität und Logistik

Matthias Krämer

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1629
M.Kraemer@bdi.eu

Mobilität sichert Wirtschaftswachstum und soziale Teilhabe



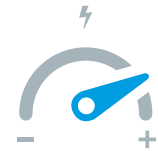
Grafik 7 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Wandel der Mobilität gestalten

- Deutsche Industrie liefert innovative Technologien und Lösungen für einen integrierten Ansatz.

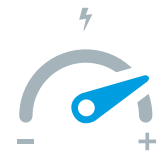
- Nachhaltigen Verkehr stärken durch: Vernetzen und Fördern von Digitalisierung, Infrastruktur, Effizienz sowie Forschung und Entwicklung.
- Vorgaben für Luft- und Seeverkehr international lösen.



Chancen der Digitalisierung des Verkehrs nutzen

- Hoher volkswirtschaftlicher Nutzen durch vernetztes Fahren dank vermiedener Unfälle und weniger Umweltbelastung (11,5 Mrd. Euro).⁴²

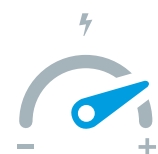
- Gesamtkonzept vorlegen, Forschung, Entwicklung und Demonstrationsprojekte weiter fördern.
- Rechtsrahmen für digitale Fahrzeuge weiter entwickeln, Datenschutz und -sicherheit regeln.



Infrastruktur zügig und bedarfsgerecht ertüchtigen

- 568.000 Staus mit 1,1 Mio. Staukilometern in 2015.⁴³
- 38 % mehr Güterverkehrsleistung bis 2030.⁴⁴

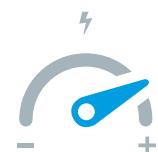
- Mindestens 15 Mrd. Euro/Jahr für Verkehrswege des Bundes zur Verfügung stellen.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.



Innovative Antriebe und Kraftstoffe fördern

- Industrie optimiert und forscht an allen Optionen für Antriebe und Kraftstoffe.

- Technologieoffen Forschung und Entwicklung fördern; Investitionssicherheit für Brückentechnologien schaffen.
- Für Elektromobilität Investitionsprogramm und weitere Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur umsetzen.





Wettbewerbsfähigkeit der Schiene stärken

- Der Schienengüterverkehr transportiert über 350 Mio. Tonnen/Jahr.
- Rund 20 % aller Güter werden in Deutschland per Bahn transportiert.⁴⁵

- Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb auf der Schiene verbessern.
- Schienenverkehr nicht übermäßig mit Steuern und Abgaben belasten.



Luftverkehrsstandort Deutschland unterstützen

- Deutschland braucht wettbewerbsfähige Luftverkehrswirtschaft.
- Nationale Alleingänge führen zu Wettbewerbsverzerrungen.

- Alleingänge und einseitige Belastungen, z. B. Luftverkehrsteuer, zurückführen.
- Wichtige Wachstumsmärkte besser an Luftverkehrsstandort Deutschland anbinden.



Luftverkehr und Klimaschutz kombinieren

- Treibstoffeffizienz im Luftverkehr verbessert sich jährlich um 1,5 %.^{46,47}
- Dank neuer Innovationen hat sich die Energieeffizienz seit 1990 um 42 % verbessert.⁴⁸

- Luftfahrtforschung mit nachhaltiger Förderung vorantreiben.
- Investitionskraft der Fluggesellschaften stärken.



Innovative Konzepte im Güterverkehr fördern

- Rund 25 % Einsparung an Kraftstoff und Umweltemissionen sind durch den Lang-Lkw möglich.
- Geringere Beanspruchung der Infrastruktur durch mehr Achsen.⁴⁹

- Gesetzliche Grundlage für Regelbetrieb für Lang-Lkw schaffen.
- Möglichkeit längerer und schwererer Züge im Schienenverkehr prüfen; 740-Meter-Netz umsetzen.

Maritime Logistik vorantreiben

- 90 % des globalen Warenaustauschs erfolgen per Schiff.
- Bis 2030 wird Transportmenge in deutschen Seehäfen um ca. 2,8 % ansteigen.⁵⁰

- Vernetztes System von Häfen und Wasserstraßen notwendig.
- Transeuropäisches Verkehrsnetz (Ten-V) ausbauen.



Logistik 4.0 etablieren

- Digitalisierung wird Logistikketten verändern.
- Enge Vernetzung von Kunden, Dienstleistern und Partnern ist entscheidender Wettbewerbsfaktor.

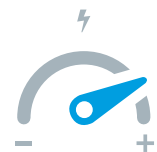
- Umstellungsprozess fördern und geeigneten Rechtsrahmen schaffen.
- Für Integration von Unternehmen in neue Logistikketten Finanzierungsmöglichkeiten bereitstellen.



Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern voranbringen

- Es gilt, Verkehrslärm effizient zu mindern und mit Belastungen fair umzugehen.
- Technologische Innovationen sind entscheidender Hebel für Lärminderung.

- Forschung und Entwicklung fördern; passgenaue Instrumente zur Lärminderung nutzen.
- Lärmsanierung für Straße und Schiene verstärken.



Rechtspolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Worum geht es?

Die Wirtschaft braucht praktikable rechtliche Rahmenbedingungen. Eigentum, Vertragsfreiheit und effektiver Rechtsschutz gehören zu den Grundpfeilern der sozialen Marktwirtschaft und unseres Wohlstands. Allerdings hat das Wirtschaftsrecht inzwischen einen Detaillierungsgrad erreicht, der erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen in den Unternehmen bindet. Hinzu kommt der ständige Ruf nach neuen Sanktionsmöglichkeiten.

Zugleich wird das Wirtschaftsrecht immer mehr zum Vehikel für gesellschaftspolitische Anliegen. Beispiele hierfür sind die Geschlechterquote für Aufsichtsräte, Berichtspflichten zum sozialen Engagement oder die Einführung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Auslandsaktivitäten. Dabei stößt das Recht an Grenzen: Eine Frauenquote im Aufsichtsrat erhöht nicht die Anzahl von weiblichen Fach- und Führungskräften. Und erweiterte Klagemöglichkeiten in Deutschland tragen wenig zur Stärkung der Menschenrechte im Ausland bei.

Der deutsche Gesetzgeber sollte sich stärker der Aufgabe widmen, den Rechtsrahmen für Unternehmen praktikabel zu gestalten. Handlungsbedarf besteht u. a. bei der Bekämpfung missbräuchlicher Aktionärsklagen, der Verwirklichung des Binnenmarkts für Unternehmen in Europa oder der Anpassung des Rechts an die Herausforderungen der Digitalisierung.

Ansprechpartner

Abteilung

Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik

Niels Lau

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1401

N.Lau@bdi.eu

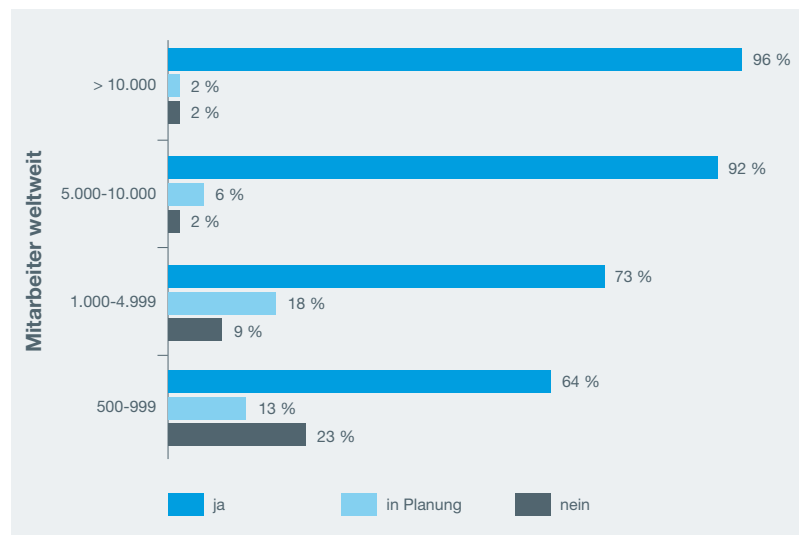
Dr. Heiko Willems

Abteilungsleiter

T +32 279210-20

H.Willems@bdi.eu

Verbreitung und Status von Compliance-Management-Systemen



Grafik 8 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Unternehmensrecht in Deutschland praktikabel gestalten

- Anteil weiblicher Aufsichtsräte in DAX30-Unternehmen über 30 %.⁵¹

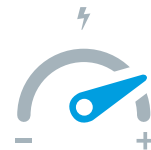
- Aktienrecht stärker an Unternehmenspraxis ausrichten: Cooling-off angemessen einschränken; Beschlussmängelrecht verbessern.
- Geschlechterquote wirken lassen.
- Selbstregulierung stärken (Corporate Governance Kodex).



Grenzüberschreitende Aktivitäten von Unternehmen in Europa fördern

- Sitzverlegungsrichtlinie könnte Einsparungen i. H. v. über 200 Mio. Euro/Jahr bewirken.⁵²

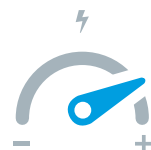
- Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit durchsetzen; Sitzverlegungsrichtlinie voranbringen.
- Europäische Rechtsform für KMU schaffen.
- Duales System von Vorstand und Aufsichtsrat in EU stärken.



Rechtsrahmen behutsam an Digitalisierung anpassen

- 84 % der Unternehmen erwarten starken Einfluss der Digitalisierung auf ihr Geschäftsmodell.⁵³
- Haftungsrecht ist von Digitalisierung stark betroffen.⁵⁴

- Kein „Eigentumsrecht“ an Daten erforderlich.
- Haftungsfragen bei autonom agierenden Systemen klären.
- Möglichkeiten zur Risikobegrenzung verbessern.



Datenschutz praktikabel gestalten

- 16 verschiedene Landesdatenschutzbehörden in Deutschland.
- 2018 tritt EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft.

- Datenschutz für Wirtschaft in Deutschland vereinheitlichen: Aufsicht bündeln.
- Sichere Instrumente für internationalen Datentransfer zur Verfügung stellen.





Kollektiven Rechtsschutz begrenzen

- Gefahr amerikanischer Rechtsverhältnisse einer „Klageindustrie“.
- Volkswirtschaftlicher Schaden in USA: ca. 264,6 Mrd. US\$/Jahr.⁵⁵

- Keine neuen Verbandsklagearten schaffen.
- Keine Elemente von US-Sammelklagen in Deutschland/Europa einführen.



Rechtssicherheit im Wirtschaftsstrafrecht schaffen

- Deutschland an zweiter Stelle bei OECD-Konvention gegen Korruption.⁵⁶
- Sanktionen in dreistelliger Millionenhöhe möglich.

- Reichweite des Untreuetatbestands überprüfen.
- Geldwäsche strafbar in Realwirtschaft an tatsächlichen Risikoszenarien ausrichten.
- Kein Unternehmensstrafrecht erforderlich.



Ausgewogenheit im Verbraucherrecht herstellen

- In 23 EU-Mitgliedstaaten beträgt Gewährleistungsfrist 2 Jahre.⁵⁷
- Mehrheit der Bürger empfindet Verbraucherinteressen als gut geschützt.⁵⁸

- Gerechten Ausgleich zwischen Unternehmen und Verbrauchern schaffen.
- Ausufernde Gewährleistung im Online-Kaufrecht vermeiden.
- Daten als Zahlungsmittel flexibel nutzbar machen.



Verbraucherpolitik



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Ansprechpartner

Abteilung
Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik

Niels Lau

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1401
N.Lau@bdi.eu

Dr. Heiko Willems

Abteilungsleiter
T +32 279210-20
H.Willems@bdi.eu

Worum geht es?

Verbraucherpolitik ist ein Querschnittsthema. Unternehmen wie Verbraucher teilen dasselbe Interesse an sicheren Produkten von guter Qualität zu angemessenen Preisen. Die Zufriedenheit der Verbraucher ist für die Industrie von existenziellem Interesse.

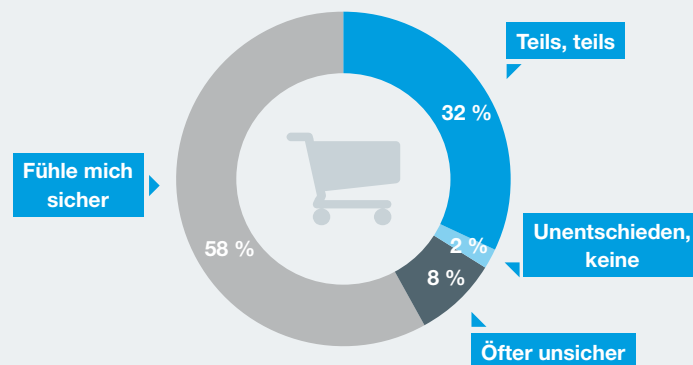
Verbraucher stehen im Fokus unternehmerischen Handelns. Sie entscheiden über Existenz und Fortentwicklung von Produkten und Dienstleistungen. Hersteller und Anbieter investieren daher kontinuierlich in Forschung und Entwicklung zur Verbesserung von Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandards.

Wettbewerb um die besten Produkte sichert Eigenverantwortung, Fortschritt und Nachhaltigkeit. Permanenter Wettbewerb um die Gunst des Verbrauchers zwingt die Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen ständig zu überprüfen sowie Forschungsaktivitäten, Produktentwicklung und Preisgestaltung an den Wünschen der Verbraucher auszurichten.

Die Industrie unterstützt eine nachhaltige Verbraucherpolitik. Die Umsetzung europäischer Vorgaben darf jedoch nicht im Widerspruch zu nationalen Interessen stehen. Mehr Bürokratie und höhere Kosten für die Unternehmen sind Nachteile im globalen Wettbewerb. Es muss stärker geprüft werden, was geplante Politikvorhaben tatsächlich bewirken und welche Auswirkungen sie sowohl auf Industrie als auch auf Verbraucherinnen und Verbraucher haben.

Nur eine Minderheit fühlt sich bei Kaufentscheidungen unzureichend informiert

Frage: „Wie geht es Ihnen bei Einkäufen: Sind Sie da öfter unsicher und haben das Gefühl, dass Ihnen Informationen über Produkte fehlen, oder wissen Sie im Allgemeinen genau, was Sie wollen und fühlen sich sicher bei Ihren Einkäufen?“



Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

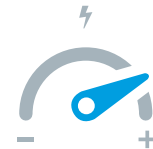
Grafik 9 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Ausgewogene Verbraucherpolitik sicherstellen

- Anwachsen des Erfüllungsaufwandes infolge gesetzlicher Regelungen seit Erfassung 2011: 7,8 Mrd. Euro (davon trägt Wirtschaft mit 90 % größte Belastung).⁵⁹

- Mehr Bürokratie und damit höhere Kosten für die Wirtschaft vermeiden.
- EU-Vorgaben „Eins zu Eins“ umsetzen, „gold plating“ verhindern.



Weitere Werbebeschränkungen vermeiden

- Werbeinvestitionen garantieren Bestand unabhängiger Medien in Deutschland und Meinungsvielfalt. Netto-Einnahmen für Schaltung von Werbung beliefen sich 2015 auf 15,21 Mrd. Euro.⁶⁰
- Einschränkung von Werbung zerstört Markttransparenz.

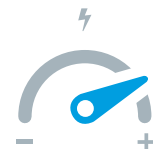
- Werbung als notwendiges Instrument des Wettbewerbs sichern.



Verbraucherbildung ausbauen

- 78 % der Lehrkräfte sieht klaren Bildungsauftrag der Schulen, Kinder und Jugendliche in ihrer Rolle als Verbraucher zu stärken.⁶¹

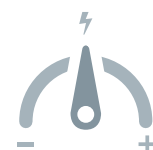
- Verbraucherbildung an Schulen institutionalisieren.
- Kultusministerkonferenz bestärken, verbindliche Rahmenrichtlinien für Verbraucherbildung an Schulen festzulegen.



Am Verbraucherleitbild des EuGH festhalten

- Lediglich 8 % der Bevölkerung haben bei Einkäufen öfter das Gefühl, dass ihnen Informationen fehlen.⁶²

- Konsumentensouveränität nicht durch staatliche Konsumlenkung konterkarieren.
- Verbraucherpolitik darf nicht Lenkung von Marktmechanismen, sondern nur Korrektur von Marktversagen zum Ziel haben.



Wettbewerb und Öffentliche Aufträge

Worum geht es?



Ein tragfähiger Wettbewerb ist eine der zentralen Antriebskräfte einer dynamischen Wirtschaft. Er fördert Innovationen, sorgt für offene Märkte und stellt sicher, dass die Marktteilnehmer ihre finanziellen und betrieblichen Ressourcen effizient einsetzen. Dies gilt auch und gerade für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die transparent und nichtdiskriminierend in wettbewerblichen Verfahren erfolgen muss.

Wettbewerbswidriges Verhalten muss streng geahndet, wettbewerbsförderndes Verhalten im Gegenzug gestärkt werden. Viele Kartellverstöße können nur durch unternehmensinterne Compliance-Bemühungen und Kronzeugenanträge aufgedeckt werden. Zielführend wären klare gesetzliche Anreize für die Einführung effektiver Compliance-Systeme, etwa in Form einer Bußgeldreduzierung. Kronzeugen brauchen mehr Rechtssicherheit.

Seit etwa zehn Jahren ist auf kommunaler Ebene ein starker Trend zur Rekommunalisierung zu beobachten. Dadurch gehen Steuereinnahmen in beträchtlicher Höhe verloren und Kommunen nehmen erhebliche Folgebelastungen für ihre Haushalte in Kauf. Ein der Privatwirtschaft offen stehender, fairer Wettbewerb ist unverzichtbare Voraussetzung für eine qualitativ hohe, flächendeckende Versorgung der Bürger mit notwendigen und wichtigen Dienstleistungen.

Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Ansprechpartner

Abteilung

Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik

Niels Lau

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1401

N.Lau@bdi.eu

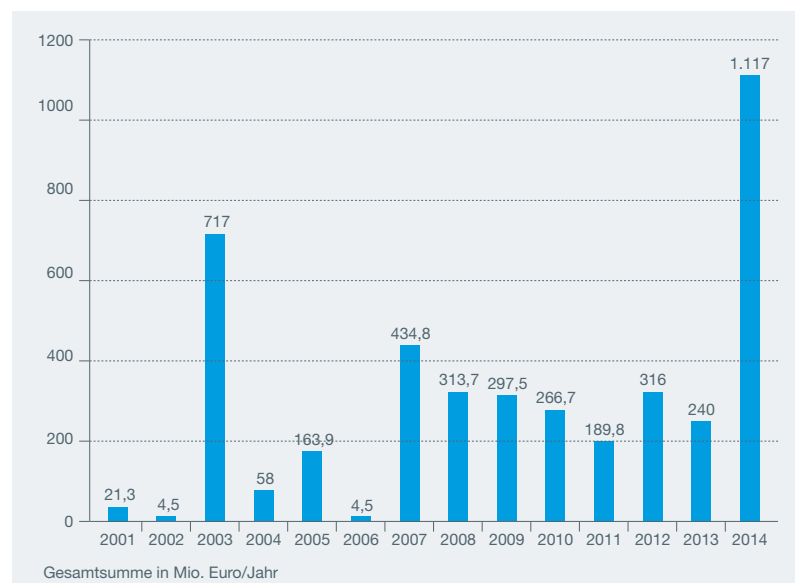
Dr. Heiko Willems

Abteilungsleiter

T +32 279210-20

H.Willems@bdi.eu

Vom Bundeskartellamt verhängte Bußgelder – 2001 bis 2014



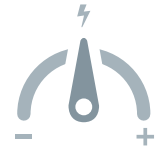
Grafik 10 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Grundzüge der Kartellbußgeldpolitik gesetzlich regeln

- Die Höhe der 2014 in Deutschland verhängten Kartellgeldbußen betrug erstmals über 1 Mrd. Euro.⁶³

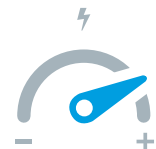
- Regelung der Bußgeldzumessung im Kartellrecht gesetzlich regeln, nicht nur in Leitlinien des Bundeskartellamtes festschreiben.
- Keine Kriminalisierung von Kartellen einführen.



Compliance bußgeldmildernd anerkennen

- Die Nichtberücksichtigung von Compliance setzt verfehlte Verhaltensanreize und ist nicht auf dem neuesten Stand der präventiven Strafrechtsforschung.⁶⁴

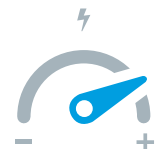
- Effektive Compliance-Anstrengungen von Unternehmen bei Kartellbußgeldbemessung positiv honorieren.



Kartellrechtliche Gebührenaufsicht wiedereinführen

- Verfahren gegen öffentlich-rechtliche Wasserversorger zeigen hohe Gewinnspannen zu Lasten der Kunden auf.⁶⁵

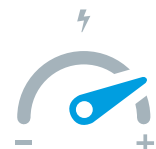
- Gebührenaufsicht im Kundeninteresse an Effizienz und niedrigeren Preisen wiedereinführen.



Trend zur Re-Kommunalisierung bremsen

- Beteiligungen der öffentlichen Hand an Unternehmen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Umsatzanteil kommunaler Unternehmen am nominalen BIP von 6 auf 10 % erhöht.⁶⁶

- Effizienteren und innovativeren Wettbewerbern Chancen eröffnen.
- Finanzielle Risiken zu Lasten des Steuerzahlers vermeiden.





Kronzeugenanträge: „One-Stop-Shop“ auf EU-Ebene schaffen

- Rund 75 % der EU-Kartelluntersuchungen in den Jahren 2004-2013 wurden aufgrund von Kronzeugenanträgen eingeleitet.⁶⁷

→ Innerhalb des European Competition Networks bei Verweisung eines Falles an eine andere Behörde „Erstreckungswirkung“ der Kronzeugenprogramme („One-Stop-Shop“) einführen.



Effektiven Rechtsschutz für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte einführen

- Bei Unterschwellenaufträgen (ca. 95 % aller Ausschreibungen) existiert kein effektiver vergaberechtlicher Primärrechtsschutz.

→ Effektiven vergaberechtlichen Rechtsschutz nach §§ 155 ff. GWB für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte einführen.



Vorhandene landesvergaberechtliche Gesetze abschaffen und neue verhindern

- Landesvergabe- bzw. Tariftrueugesetze in 15 Bundesländern erfordern von bundesweit anbietenden Unternehmen einen großen personellen und finanziellen Aufwand.

→ Vergaberecht des Bundes als abschließende Regelung im Vergaberecht ausgestalten und damit bestehende Landesvergabegesetze abschaffen bzw. neue verhindern.



Keine zwingende Berücksichtigung strategischer Aspekte im Vergaberecht vorsehen

- Nachweisebringung und Kontrolle vor allem sozialer Aspekte im Vergaberecht sind oft nicht oder nur sehr schwer möglich.

→ Berücksichtigung strategischer Aspekte weiterhin im Ermessen der Auftraggeber belassen.



DEM DEUTSCHEN VOLKE



Forschung und Innovation



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Worum geht es?

Deutschland gehört zu den weltweit führenden Industriestaaten. Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit beruhen zu einem wesentlichen Teil auf der Wirtschafts- und Innovationsstärke deutscher Unternehmen – insbesondere im Hochtechnologiesektor.

Allerdings verschärft sich der weltweite Innovationswettbewerb rasant. Globalisierung, die zunehmende Digitalisierung und die Anforderungen der globalen Nachhaltigkeitsagenda verändern bestehende Geschäftsmodelle radikal, internationale Wertschöpfungsketten gewinnen an Komplexität. Umso wichtiger ist es für Deutschland, Wissensvorsprünge für mehr Wachstum und Wohlstand zu erarbeiten und neue, innovative Erkenntnisse rasch zu verbreiten und anzuwenden. Es bedarf guter Bildung, starker Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung sowie einer hohen Innovationsdynamik in Wissenschaft und Wirtschaft, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Insbesondere muss die deutsche Innovationsbasis verbreitert werden, um bei Schlüsseltechnologien und auf Leitmärkten weiterhin erfolgreich zu sein. Erst das Zusammenspiel aller Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ermöglicht, dass aus Ideen weltmarktfähige Innovationen werden. So können neue Lösungen für zentrale gesellschaftliche Fragen entstehen und gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Ansprechpartner

Abteilung

Digitalisierung, Innovation
und Gesundheitswirtschaft

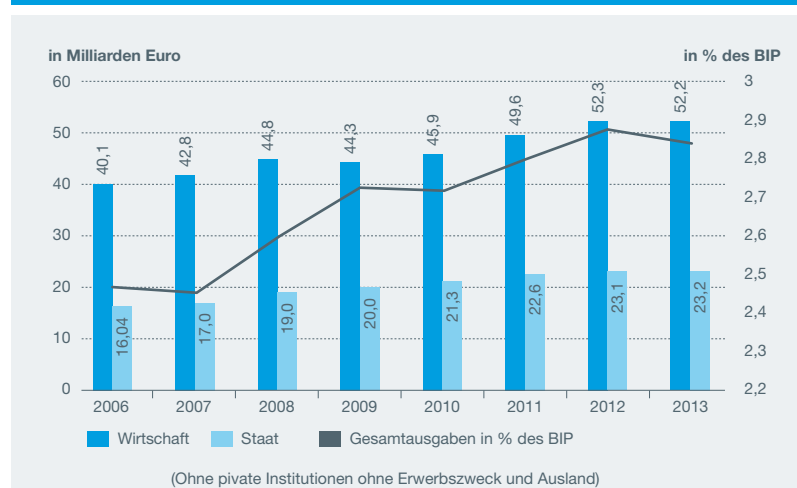
Iris Plöger

Abteilungsleiterin

T +49 30 2028-1461

I.Ploeger@bdi.eu

Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (BAFE) 2006 – 2013



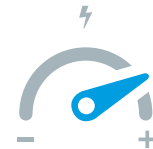
Grafik 11 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Kohärente Innovations- und Industriepolitik entwickeln

- 14,2 Mrd. Euro F&E-Bundesmittel gingen 2014 an 11 Ressorts mit 21 Förderbereichen und hunderten Einzelprogrammen.⁶⁸

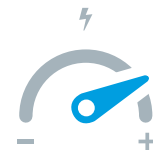
- Verbindliche Hightech- und Innovationsstrategie schaffen mit:
 - Trend- und Kompetenzmonitoring,
 - Transparenz und Klarheit bei Zielen, Kriterien zur Mittelverteilung und Erfolgsevaluierung.



Innovationsprinzip mit Innovations-Checks in die Gesetzesfolgenabschätzung einführen

- Regulierungsvorhaben werden in der Gesetzesfolgenabschätzung, § 44 GGO, nicht bezüglich ihrer Auswirkungen auf die nationale Innovationsfähigkeit überprüft.⁶⁹

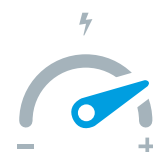
- Innovationsprinzip in die Gesetzesfolgenabschätzung auf Grundlage des BDI-Innovations-Check-Modells einführen.



Mangel an Fach- und Führungskräften beheben

- Bis 2020 fehlen demografisch bedingt 670.000 MINT-Fachkräfte – 1,3 Mio. unter Berücksichtigung von Wachstumsprognosen.⁷⁰

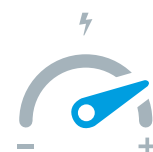
- MINT-Qualifikationen in Schule und beruflicher Ausbildung weiter stärken.
- Nicht-/akademische Aus- und Weiterbildung konsequent an Digitalisierungsbedarfen ausrichten.



Forschung und Entwicklung nachhaltig fördern

- Bund investiert nur 2,2 Mrd. Euro in direkte F&E-Förderung der Wirtschaft.
- Zusätzliche steuerliche F&E-Anreize würden je Euro Steuergutschrift 1,25 Euro private F&E-Aufwendungen induzieren.^{71, 72}

- Investitionen in direkte F&E-Förderung erhöhen.
- Zusätzlich steuerliche F&E-Anreize über volumenbasierte Gutschriften einführen.





F&E-Kooperationen erleichtern – Technologietransfer stärken

- 33 % der Industrie-Unternehmen kooperierten in 2012-2014 extern.
- 22 % sahen starke Innovationshemmnisse bei Finanzierung und Bürokratie.^{73, 74}

- Transfer- und Kooperationsinstrumente entbürokratisieren, beschleunigen und ausbauen.
- EU-Kooperationsregularien vereinfachen und einheitlich anwenden.



EU-Forschungs- und Innovationsprogramme industriefreundlicher ausgestalten

- Deutsche Industriequote für Horizon2020-Teilnahme: Nur 23 %.
- Geringe Bewilligungsquoten (14 %) durch hohe Call-Überzeichnungen.⁷⁵

- Mittel für Industrieforschung erhöhen.
- Programme verzahnen, Verfahren vereinfachen.
- Industriepartner bei Projektverwertung nicht benachteiligen.



Unternehmerkultur stärken – Start-ups gezielt fördern

- 17 % weniger Unternehmensgründungen in 2014/2015 in Deutschland.
- Nur 16 % der 763.000 Gründer sind technologisch innovativ.^{76, 77}

- Gründer-/Wirtschaftswissen in Schulbildung verankern.
- Gründerinitiativen und -infrastrukturen regional ausbauen.
- Wagniskapital für Gründung und Wachstum stärken.



Innovationskultur und Technologieakzeptanz stärken

- Deutsche Technologieoffenheit ist mittelmäßig.
- 11 % der Deutschen glauben an gesellschaftliche Relevanz des Technologiefortschritts (in EU: 22 %).^{78, 79}

- Technologische Urteilsfähigkeit der Gesellschaft stärken.
- Innovationsleitbilder und Szenarien entwickeln.
- Kommunikationskonzepte und -plattformen schaffen.



Rohstoffpolitik

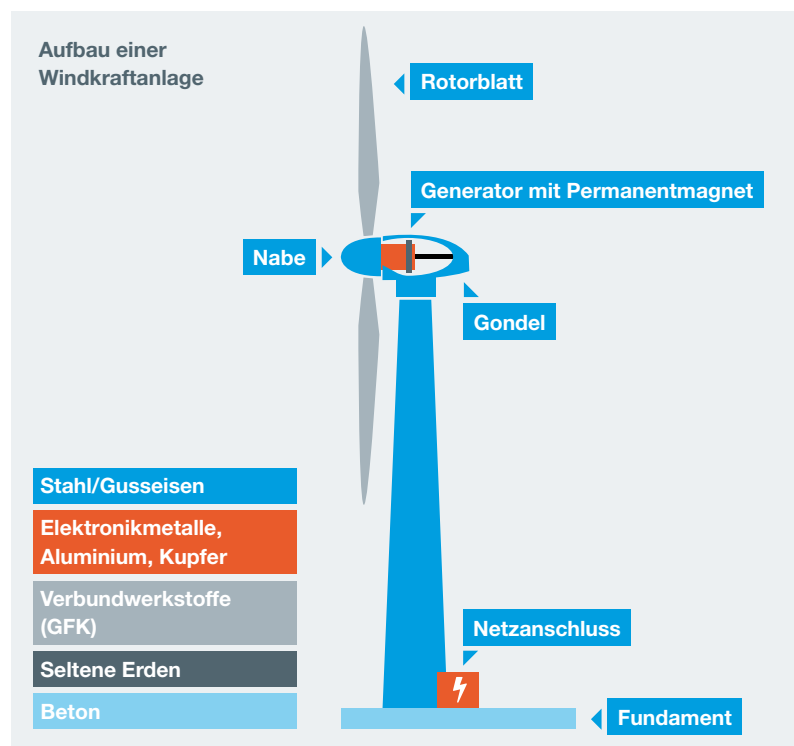
Worum geht es?



Deutschland als Industrieland und Hightech-Standort ist auf eine sichere Versorgung mit energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen angewiesen. Für zentrale Zukunftsprojekte wie Energiewende, Elektromobilität und Industrie 4.0 wird unser Bedarf an Rohstoffen wie Seltenen Erden und Lithium in Zukunft deutlich steigen. Auch Baurohstoffe für energieeffiziente Gebäude, Nichteisenmetalle und Stahl für Windkraftanlagen sowie mineralische Düngemittel für die Landwirtschaft sind für die Erreichung unserer klimapolitischen Ziele unverzichtbar.

Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist zuallererst Aufgabe der Unternehmen. In der Verantwortung der Politik liegt es, mit geeigneten und verlässlichen Rahmenbedingungen die sichere Rohstoffversorgung zu ermöglichen. Die Rohstoffmärkte sind nicht nur extrem volatil, sondern auch von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen, z. B. durch staatliche Eingriffe in den Rohstoffhandel, geprägt. Zusätzlich steigt die Zahl der regulatorischen Vorgaben zu Nachhaltigkeit und Transparenz, die das Ziel der Rohstoffsicherung teilweise zu wenig berücksichtigen. Notwendig ist eine aktive Rohstoffsicherungspolitik, die unterschiedliche Interessen in einen angemessenen Ausgleich bringt und den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen auf den Rohstoffmärkten Rechnung trägt.

Ohne Rohstoffe keine Energiewende



Grafik 12 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Ansprechpartner

Abteilung
Sicherheit und Rohstoffe

Matthias Wachter

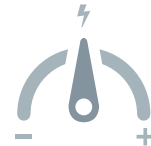
Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1579
M.Wachter@bdi.eu

Handlungsempfehlungen

Zugang zu heimischen Rohstofflagerstätten gewährleisten

- Deutschland ist reich an Rohstoffen wie z. B. Steine, Erden, Kali, Salz, Kohle und Erdgas.⁸⁰
- Lagerstätten durch Überplanung verknappt und zukünftige Nutzung verhindert.⁸¹

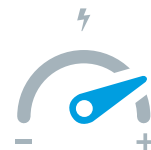
- Ökonomische Belange gleichrangig mit ökologischen und sozialen Belangen behandeln.
- Langfristige Planungs- und Rechtssicherheit schaffen.



Informationsangebot zu Rohstoffen ausbauen

- Volatile Preise und Lieferrisiken gefährden Rohstoffversorgung.
- KMU benötigen aufbereitete Informationen zu Rohstoffmärkten.

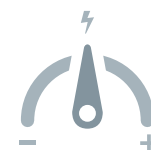
- Deutsche Rohstoffagentur stärken, Beratungsangebot ausbauen.
- Austauschplattform für Politik, Industrie und Wissenschaft schaffen.
- Europäisches Rohstoff-Monitoring aufbauen.



Protektionismus auf Rohstoffmärkten bekämpfen

- Industrie ist bei Metallrohstoffen auf den Import angewiesen.⁸²
- Protektionismus gefährdet Versorgung mit Hightech-Metallen wie Seltenen Erden oder Lithium.

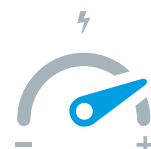
- Klare Bekenntnisse gegen protektionistische Maßnahmen von G7/G20.
- WTO-Regeln verbessern, um Handelsrestriktionen wirksam zu bekämpfen.



Industrie als Wegbereiter von Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum stärken

- Deutsche Rohstoffproduktivität stieg von 1994 bis 2014 um 49 %.⁸³
- Verbesserungspotenziale in KMU vorhanden.

- Hilfen für KMU (s. ProgRes II) schnell umsetzen und in ProgRes III fortsetzen.
- Chancen für mehr Ressourceneffizienz durch Industrie 4.0 nutzen.





Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft verbessern

- Industrie praktiziert nachhaltiges Abfallmanagement.
- Kommunen wollen Privatunternehmen verdrängen.

- EU-Abfallrecht konsequent und einheitlich umsetzen.
- Produktverantwortung und Wettbewerb stärken.
- Rohstoffsicherung durch Forschung zu Recycling von Technologiemetallen ausbauen.



Reduzierung von Preis- und Lieferrisiken unterstützen

- Hohe Angebotskonzentration stellt Preis- und Lieferrisiko für Rohstoffbezug dar.⁸⁴
- Häufig fehlen Diversifizierungsmöglichkeiten.

- Diversifizierung von Bezugsquellen durch geeignete Instrumente flankieren.



Verantwortungsvollen Rohstoffbezug fördern

- Rohstoffe können zur Konfliktfinanzierung beitragen.
- Deutsche Industrie bezieht Rohstoffe meist nicht direkt.

- Zertifizierung von Rohstoffen entwicklungspolitisch unterstützen.
- Beratung zum verantwortungsvollen Rohstoffbezug anbieten und KMU aktiv unterstützen.
- Globales Level-Playing-Field sicherstellen.



Rohstoffpartnerschaften erfolgreich gestalten

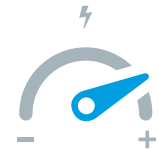
- Rohstoffpartnerschaften können zur Sicherung der Rohstoffversorgung beitragen.
- Weiterentwicklung des Rohstoffsektors der Partnerländer bietet große Chancen für deutsche Unternehmen.

- Bestehende Rohstoffpartnerschaften zum Erfolg führen.
- Partnerschaften für neue, innovative Projekte öffnen.

Neue Rohstoffquellen erschließen

- Tiefseerohstoffe können einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Rohstoffversorgung leisten.
- Heimisches Schiefergas ist zentral für die Versorgungssicherheit.

- Pilotprojekte im Tiefseebergbau stärker fördern und umsetzen.
- Förderung von Schiefergas in Deutschland technologieoffen ermöglichen.



Rohstoffe für Zukunftstechnologien frühzeitig sichern

- Nachfrage nach Lithium steigt bis 2035 auf das Vierfache der heutigen Produktion.⁸⁵
- 3D-Druck bietet großes Potenzial für Innovation und Ressourceneffizienz.

- Zukunftsrohstoffe in Förderinstrumenten des Bundes stärker berücksichtigen.
- Entwicklung neuer Materialien für 3D-Druck fördern.



Sicherheitspolitik

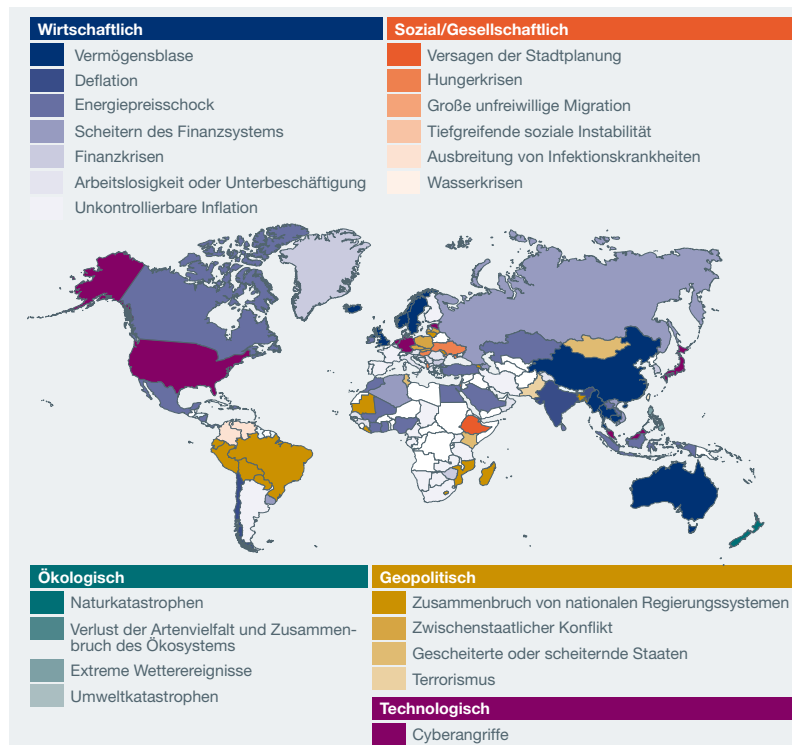
Worum geht es?



Die weltweite Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Krisen und Konflikte, Terrorismus, hybride Kriegsführung und Cyberkriminalität wirken sich direkt auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft aus. Mit der zunehmenden Vernetzung steigen auch die Bedrohungen aus dem digitalen Raum. Weltweit gibt es immer mehr Fälle von Spionage, Sabotage und organisierter Kriminalität.

Deutschland muss sich stärker als bisher für Sicherheit, Frieden und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen und sicherheitspolitisch mehr Verantwortung übernehmen. Dazu sind moderne, verlässliche und vertrauenswürdige Technologien „Made in Germany“ unabdingbar. Nur so kann Deutschland seine Handlungsfähigkeit bewahren und darüber hinaus internationale Partner und Verbündete unterstützen. Die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und der Erhalt von nationalen Schlüsseltechnologien muss Kernanliegen deutscher Sicherheitspolitik sein.

Welt im Wandel: Globale Risiken sind vielfältig



Ansprechpartner

Abteilung

Sicherheit und Rohstoffe

Matthias Wachter

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1579

M.Wachter@bdi.eu

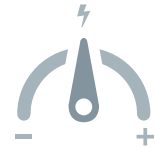
Grafik 13 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Wirtschaftsschutz neu denken

- Jedes dritte deutsche Unternehmen ist von Wirtschaftskriminalität betroffen.⁸⁶
- Wirtschaftliche Schäden in Höhe von 51 Mrd. Euro/Jahr.⁸⁷

- Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft intensivieren.
- Wirtschaftsschutz und Cybersicherheit konsequent verzahnen.



Cyberverteidigung ausbauen

- Digitale Verwundbarkeit ist gewachsen.
- Cyberangriffe auf Staaten, militärische Infrastrukturen und Unternehmen steigen.⁸⁸

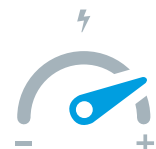
- Internationale Zusammenarbeit ausbauen.
- Abwehrmaßnahmen gegen Cyberangriffe stärker koordinieren und Strategien zur Prävention abstimmen.
- Cyberverteidigung auch militärisch offensiv führen.



Internationale Handels- und Logistikketten schützen

- Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab.⁸⁹
- Globale Wertschöpfungsketten werden immer komplexer.

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Informationsaustausch verbessern.
- Europäische Sicherheitsregularien harmonisieren.



Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

- Eigene Industrie ist Voraussetzung für europäische und transatlantische Gemeinschaftsprojekte.
- Erhalt von Schlüsseltechnologien nur durch Export möglich.

- Nationale Schlüsseltechnologien und -fähigkeiten fördern.
- Marktzugangsbarrieren und Wettbewerbsverzerrungen abbauen.
- Offset-Verpflichtungen vollständig abschaffen.

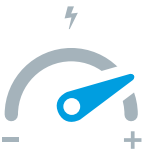




Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene regeln

- Kein einheitlicher Standard bei Rüstungsexportkontrolle in der EU.
- Deutscher Alleingang konterkariert europäische Kooperation.

- Rüstungsexportkontrolle europäisch regeln.
- „Schmidt/Debré 2.0“, um Kooperationsprojekte stärker zu ermöglichen.
- Mehr auf Europa statt auf nationale Alleingänge setzen.



Öffentliches Beschaffungswesen innovations- und technologie-stärkend ausbauen

- Markt für zivile Sicherheit ist stark fragmentiert.
- Öffentlicher Auftraggeber ist wichtigster Referenzgeber für Sicherheitstechnologien.

- Innovationsorientierung der öffentlichen Beschaffung stärken.
- Referenzprojekte bei Beschaffungsprozessen realisieren.



Internationale Sicherheitsstandards und -kooperationen ausbauen

- Europaweit gibt es keine einheitlichen Zertifizierungsverfahren und Normen.
- Deutschland verfügt über hohe Sicherheitsstandards.

- Schnellere Zulassungs- und Zertifizierungsprozesse auf Grundlage einheitlicher EU-Standards schaffen.
- Sicherheitsstandards international kompatibel gestalten.



In Sicherheitsforschung investieren

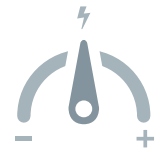
- Hohe Innovationskraft ist Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit.
- Sicherheitsforschung ermöglicht wirkungsvolle Krisenprävention.

- Sicherheitsforschung durch Förderprogramme stärken.
- Verzahnung zwischen Bedarfsträgern, Forschung und Industrie verbessern.
- Forschungsprogramme auch für Verteidigungsindustrie ausbauen.

Sicherheitspolitik gesamtgesellschaftlich diskutieren

- Sicherheitspolitik wird zu abstrakt und akademisch diskutiert.
- Geringes Verständnis und Akzeptanz in großen Bevölkerungsteilen.

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit seitens der Politik intensivieren.
- Sicherheitspolitischen Dialog breitenwirksam gestalten.



Gesundheitswirtschaft und Gesundheitspolitik

Worum geht es?



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

Als einer der größten deutschen Wirtschaftszweige ist die Gesundheitswirtschaft ein Leitmarkt der deutschen Wirtschaft. Gerade die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) verkörpert wie kaum eine andere Branche einen signifikanten Beitrag der Wirtschaft für Wachstum, Wohlstand und Wohlergehen. Menschen leben mit Hilfe ihrer Leistungen und Produkte nicht nur länger, sondern auch länger gesünder und länger selbstbestimmt. Das hilft der Gesellschaft auch dabei, die demographische Herausforderung zu bewältigen.

Dabei stärkt die industrielle Gesundheitswirtschaft nicht nur den Wissensstandort, sondern auch den Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschland durch hochwertige Arbeitsplätze, durch einen überdurchschnittlichen Export und eine Wertschöpfungskette, die vor- und nachgelagerte Dienstleistungen und Unternehmen an einem Standort konzentriert, der ansonsten wenig eigene Ressourcen hat.

Ansprechpartner

Abteilung

Digitalisierung, Innovation und
Gesundheitswirtschaft

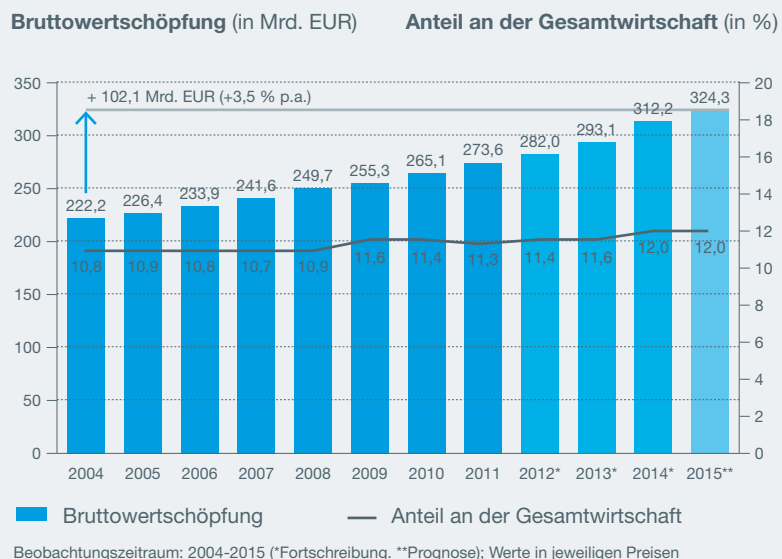
Iris Plöger

Abteilungsleiterin

T +49 30 2028-1461

I.Plieger@bdi.eu

Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft



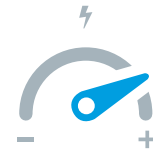
Grafik 14 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Gesundheitswirtschaft stärken

- Gesundheitswirtschaft mit 12 % BIP-Anteil größter Sektor der deutschen Volkswirtschaft.
- Jeder sechste Arbeitnehmer arbeitet in gesundheitsrelevantem Beruf.⁹⁰

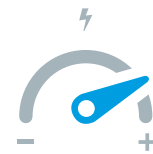
- Ressortübergreifende Politikstrategie auf nationaler und europäischer Ebene entwickeln.
- Gesundheitswirtschaftsgipfel zur Standortstärkung implementieren.



Industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) als Zukunftsbranche festigen

- iGW schafft Wettbewerbsvorteile für Deutschland und Europa.
- Mit 3,5 % durchschnittlichem Wachstum/Jahr seit 2004 ist iGW Wertschöpfungstreiber.⁹¹

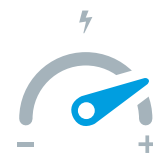
- Politisches Verständnis für strategische Schlüsselposition der iGW entwickeln.
- Innovationsfördernde Rahmenbedingungen schaffen.



Innovationstreiber industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) unterstützen

- iGW produziert Spitzentechnologie.
- Produkte und Anwendungen der iGW verbessern Lebensqualität.

- Deutschland als Referenz- und Leitmarkt ausbauen.
- Marktzugang innovativer Technologien und Produkte fördern.
- Strukturelle Anreize in Wissenschaft zur verstärkten Kooperation mit Wirtschaft setzen.



Digitale Lösungen und intelligente Gesundheitsnetze fördern

- Deutschland liegt bei digitaler Innovationsdynamik im internationalen Vergleich zurück.
- Durch elektronische Lösungen können im Gesundheitssystem bis zu 2,6 Mrd. Euro/Jahr Wachstum generiert werden.⁹²

- Digitalisierungspolitik zentral und ressortübergreifend koordinieren.





Gesundheitsleistungen digital verbessern

- Big Data, Cloud Computing, 3D-Druck eröffnen neue Möglichkeiten.
- Großes Potenzial für digitale Präventions-, Diagnose- und Versorgungsmodelle.

- Anschlussfähigkeit von IT-Systemen sicherstellen.
- Elektronische Patientenakte als Schlüsselanwendung implementieren.
- Angemessene Vergütungsmodelle etablieren.



Nutzung von Gesundheitsdaten regeln

- Patientendaten sind Schlüssel für Erforschung und Entwicklung medizinischer Lösungen.
- Nutzung anonymisierter bzw. pseudonymisierter Daten ermöglicht Verbesserung medizinischer Versorgung.

- Prinzip der Datensouveränität statt Datensparsamkeit etablieren.
- EU- und Bund-Länder-Gesetzgebung harmonisieren.



Gesundheitsnutzen steigern

- Dank innovativer Medikamente und Medizintechnik leben Menschen länger und gesünder.
- Lücken im Technologietransfersystem oder fehlende Finanzierungsmöglichkeiten gefährden Innovationsprozess.

- Grundlagenforschung weiter fördern.
- Ergebnisse aus Forschung schneller in praktische Anwendung, d. h. zum Patienten bringen.



Patientenversorgung stärken

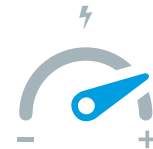
- Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung ermöglichen maßgeschneiderte Versorgungskonzepte.
- Berücksichtigung individueller Patientenbedürfnisse führt zu neuen Therapiemöglichkeiten.

- Zulassungs- und Erstattungsprozesse besser koordinieren.
- Integrierte, sektorübergreifende Versorgungsformen etablieren.

Ausbau der Versorgungsforschung vorantreiben

- Versorgungsforschung für Optimierung der Versorgung unverzichtbar.
- Versorgungsforschung kann wirksame Alternativen für Gewinnung von Evidenz bei Nutzenbewertung bieten.

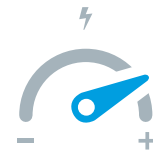
→ Industrieller Forschung direkten Zugang zu Versorgungsdaten ermöglichen.



Gesundheitssystem deregulieren

- Gesundheitssystem ist großteils gesetzlich über- bzw. fehlreguliert.
- Überregulierung verhindert Wettbewerb für bessere Gesundheitsversorgung.

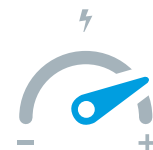
→ Neue Möglichkeiten der Einbindung und Mitwirkung der industriellen Gesundheitswirtschaft (iGW) bei Entscheidungen der Selbstverwaltung schaffen.
→ iGW als „Partner auf Augenhöhe“ im Gesundheitssystem anerkennen.



Patienten über Versorgungsmöglichkeiten informieren

- Informierter Patient kann Eigenverantwortung übernehmen.
- Transparenz und Information hinsichtlich möglicher Versicherungs- und Gesundheitsleistungen sind unentbehrlich.

→ Schnelligkeit und Effizienz der Selbstverwaltung verbessern.
→ Einheitliche und transparente Entscheidungen sicherstellen.



Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik



Worum geht es?

Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich insgesamt als robust. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Jahren gesunken, Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind deutlich gestiegen. Durch die hohe Zuwanderung auch vieler junger Menschen nach Deutschland – sowohl aus der EU als auch durch die Flüchtlingsmigration – wird sich die prognostizierte Schrumpfung der Bevölkerung in den nächsten Jahren voraussichtlich etwas abschwächen, die negativen Folgen der Alterung für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen bleiben jedoch bestehen.

Daher gilt es, die heimischen Potenziale auf dem Arbeitsmarkt noch besser auszuschöpfen und unter anderem die Erwerbsquoten von Frauen, Älteren und von Menschen mit Migrationshintergrund weiter zu erhöhen und auch Langzeitarbeitslose noch besser in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Notwendig ist auch eine zielgenaue arbeitsmarktorientierte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus den Drittstaaten. Die Sozialversicherungen müssen nachhaltig auf solide Füße gestellt werden, teure Ausgabenprogramme müssen vermieden werden. Die Reformen der Vergangenheit dürfen sowohl mit Blick auf die Regulierung auf dem Arbeitsmarkt aber auch auf die sozialen Sicherungssysteme nicht weiter konterkariert werden.

Ansprechpartner

Abteilung

Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik

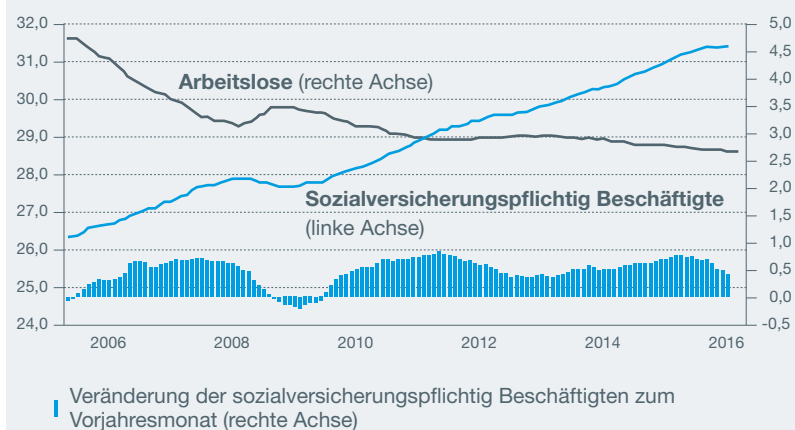
Dr. Klaus Günter Deutsch

Abteilungsleiter

T +49 30 2028-1591

K.Deutsch@bdi.eu

Arbeitsmarkt in Deutschland*



Grafik 15 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Arbeitsmarkterfolge nicht gefährden

- Anteil der Zeitarbeitnehmer an Gesamtbeschäftigung liegt bei knapp 3 %.⁹³

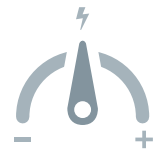
- Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschaft sicherstellen.
- Flexible Beschäftigungsverhältnisse als Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt nicht unnötig einschränken.



Sozialversicherungen zukunftsfest machen

- Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz liegt 2016 im Durchschnitt bei 39,75 %.⁹⁴

- Sozialversicherungen grundsätzlich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren; Doppelstrukturen vermeiden.
- Versicherungsfremde Leistungen konsequent durch Steuern finanzieren.



Alterssicherung auf solide Füße stellen

- 2014 haben 2,5 % der Bezieher einer gesetzlichen Rente die Grundversicherung im Alter in Anspruch genommen.⁹⁵

- Auf Einführung der „Solidarischen Lebensleistungsrente“ und weitere teure Ausgabenprogramme verzichten.
- Rahmenbedingungen für private und betriebliche Altersversorgung weiter verbessern.



Fachkräftebasis langfristig sichern

- Erwerbstätigenquote 2015 von Älteren (55 – 64) 66,2 %⁹⁶, von Frauen 73,6 %.⁹⁷

- Schlüssiges Gesamtkonzept ist notwendig, das neben Bildungssystem auch bessere Nutzung heimischer Potenziale (Frauen, Ältere, Junge, Migranten etc.) sowie gezielte und arbeitsmarktorientierte Zuwanderung von Fachkräften umfasst.



Europa



Worum geht es?

Die europäische Integration ist für die deutsche Industrie kein Projekt – sie ist zwingende Notwendigkeit, um unter anderem neben den USA und China als Weltregion auf Augenhöhe mitzugestalten. Deutschland, dessen Anteil an der Weltbevölkerung nur noch rund ein Prozent und am weltweiten BIP knapp fünf Prozent beträgt, kann alleine in einer zusammenwachsenden Welt wenig gestalten.

Sicherheit, Migration, Wachstum, Arbeitsplätze, Klimawandel, Ressourcenknappheit: All diese Herausforderungen haben eine internationale Dimension. Effiziente Lösungen können nur auf europäischer Ebene oder mit europäischem Engagement gefunden werden.

Die Politik allein wird diese Aufgaben nicht bewältigen können. Sie braucht eine starke, global wettbewerbsfähige Wirtschaft, die Beschäftigung schafft, Zuwanderern Perspektiven im Arbeitsmarkt bietet, den Klimawandel mitgestaltet, ressourceneffizient produziert und mit ihren Innovationen die Weltspitze bildet.

Die künftige Bundesregierung ist gefragt, sich aktiv in Brüssel für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa zu engagieren. Es ist wichtig, dass Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat europäische Beschlüsse in Deutschland eins zu eins umsetzen sowie die Erfolge und Chancen europäischer Integration deutlich machen.

Ansprechpartner

BDI/BDA The German Business Representation

Bernd Dittmann

Geschäftsführer
T +32 279210-02
B.Dittmann@bdi.eu

Abteilung

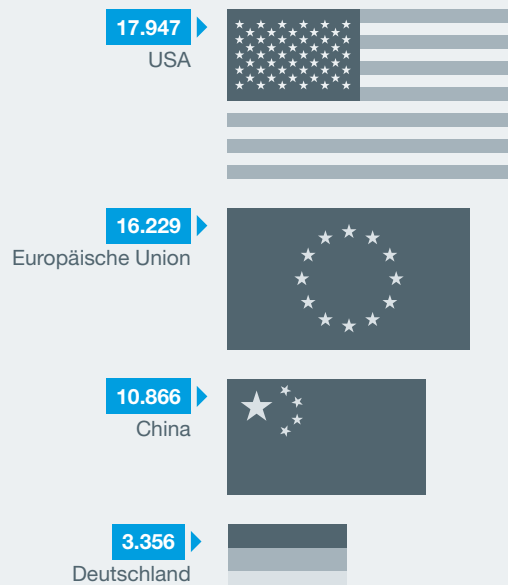
Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik

Dr. Klaus Günter Deutsch

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1591
K.Deutsch@bdi.eu

Wirtschaftskraft im Vergleich

Bruttoinlandsprodukt in Mrd. USD (2015)



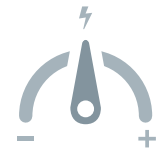
Grafik 16 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Negative Folgen des britischen Referendums minimieren

- UK ist Deutschlands fünftgrößter Handelspartner weltweit; Direktinvestitionen deutscher Unternehmen betragen 110 Mrd. Euro.
- Aktuelle Unsicherheit belastet Geschäfte aller ausländischen Unternehmen in UK stark.

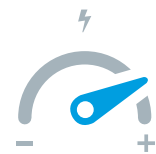
- Unsicherheit über politische Folgen abbauen; weiteren Prozess berechenbar machen.
- Rechtssicherheit in allen Phasen der Verhandlungen garantieren.



Digitalen Binnenmarkt schaffen

- Digitalisierung der Industrie kann in der EU zu 250 Mrd. Euro/Jahr zusätzlicher Wertschöpfung führen.⁹⁸

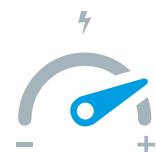
- Moderne Breitbandnetze ausbauen.
- Mittelstand Orientierungshilfen, wie z. B. Leuchtturmprojekte und Kompetenzzentren, bieten.



Energieunion vertiefen

- Volle Integration des Energiebinnenmarktes bringt 12-40 Mrd. Euro/Jahr Effizienzgewinne.^{99, 100}
- Stärkere Europäisierung bei erneuerbaren Energien spart weitere 16-30 Mrd. Euro/Jahr.¹⁰¹

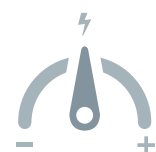
- Energiebinnenmarkt vollenden und Netzausbau EU-weit voranbringen.
- Erneuerbare Energien in Markt integrieren und ausbauen, wo sie höchste Erträge erzielen.



Kostenbelastung der Unternehmen durch EU Emissionshandel begrenzen

- Unternehmen befürchten deutliche Kostensteigerungen.
- EU-Kommission rechnet mit 25 Euro/t in der vierten Handelsperiode.¹⁰²

- Industrie-Cap für die vierte Handelsperiode erhöhen.
- Realistisch erreichbare Benchmarks definieren.
- Strompreiskompensation erhalten und ausbauen.





Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft verbessern

- Industrie praktiziert nachhaltiges Abfallmanagement.
- Kommunen wollen Privatunternehmen verdrängen.

- EU-Abfallrecht konsequent und einheitlich umsetzen.
- Produktverantwortung und Wettbewerb stärken.
- Rohstoffsicherung durch Forschung zu Recycling von Technologiemetallen ausbauen.



TTIP auf der Handelsagenda halten und fortsetzen

- USA sind Deutschlands wichtigster Exportmarkt weltweit.
- Zölle und Bürokratie erschweren für viele Unternehmen den Handel und den Zugang zum US-Markt.

- TTIP als zentrales Element der Handelsagenda fortführen.
- Standards und Gestaltungsspielraum in der EU umfänglich sichern.



Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vollenden

- Nationale Konjunkturreinbrüche werden im Euroraum nur zu 34 % abgefedert.¹⁰³

- Euroraum durch Strukturreformen und integrierte Arbeits- und Kapitalmärkte krisenresistenter machen.
- Nationale Haushalte wachstumsfreundlich konsolidieren.



Kapitalmarktunion: Finanzmittel für Wachstum in Europa erschließen

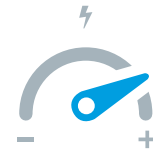
- Effektive Kapitalmarktunion verbreitert Finanzquellen der Realwirtschaft.

- Bank- und kapitalmarktbasierende Finanzierungsmodelle intelligent verzahnen.
- Märkte für Qualitätsverbriefungen mit Augenmaß regulieren.
- Rahmenbedingungen für Infrastrukturinvestitionen und Venture Capital verbessern.

Europäischen Binnenmarkt vollenden

- EU-Binnenmarkt ist der größte Markt der Welt.
- Durch Vollendung des Binnenmarkts könnten Effizienzgewinne von 615 Mrd. Euro/Jahr erzielt werden.¹⁰⁴

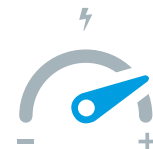
→ Binnenmarkt durch stringente Umsetzung, korrekte Anwendung und effektive Durchführung von Binnenmarktvorschriften vertiefen.



Bessere Rechtsetzung – weniger Bürokratie

- Europäische Agenda für bessere Rechtsetzung soll Qualität und Umsetzung europäischer Rechtsetzung verbessern und zu Offenheit und Transparenz in Entscheidungsprozessen beitragen.

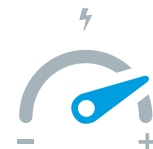
→ Alle EU-Vorschläge auf Auswirkungen auf Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit prüfen.



Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausbauen

- Effizienzgewinne von mehreren Mrd. Euro jährlich durch gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik möglich.¹⁰⁵

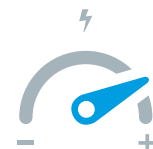
→ Knappe Finanzmittel durch Harmonisierung der Nachfrage und neue Kooperationsformen effizienter nutzen.
→ Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene ausbauen.



Gezielte Arbeitsmigration fördern, Flüchtlingsherausforderungen bewältigen

- EU-Bevölkerungsanteil im arbeitsfähigen Alter sinkt bis 2030 auf 55,9 %.
- Ca. 65 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht.

→ Möglichkeiten legaler Migration kommunizieren.
→ Fluchtursachen durch gemeinsame Maßnahmen bekämpfen.
→ Aufgaben wachsender Flüchtlingszahlen als Gemeinschaft lösen.



Globalisierung und Welthandel



Langversion

www.bdi.eu/wahl17

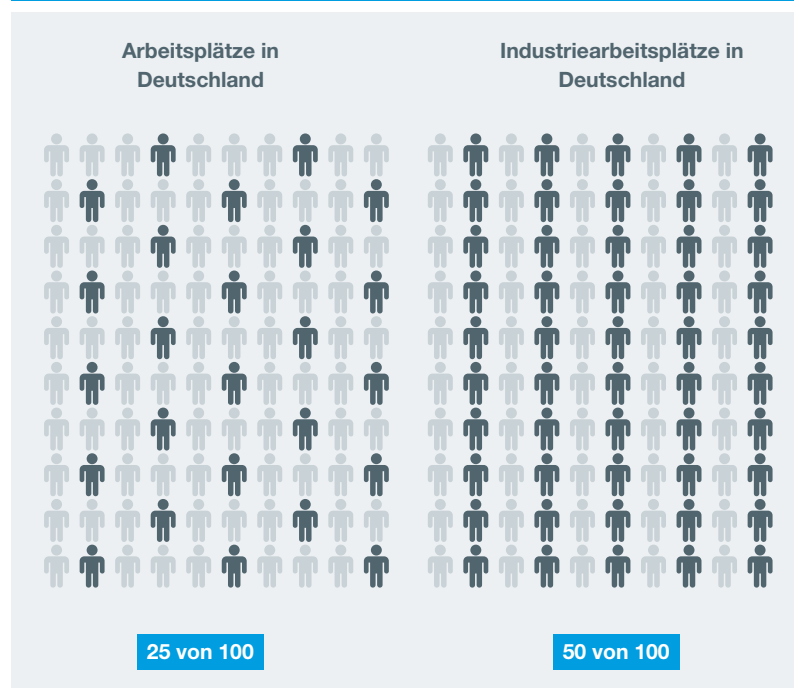
Worum geht es?

Kaum ein Land ist so stark in die internationalen Handelsströme und Wertschöpfungsketten eingebunden wie Deutschland. Dass in Deutschland das Verhältnis von Importen und Exporten zum Bruttoinlandsprodukt 86 Prozent beträgt, ist dafür ein beeindruckender Beleg. Dies ist gut für Wachstum und Beschäftigung: Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab.

Eine aktive Außenwirtschaftspolitik ist daher im Interesse Deutschlands: Um die Regeln für Handel, Investitionen und die Global Governance mitzugestalten, um Chancen auf anderen Märkten zu sichern und auszubauen, um am Wachstum in den dynamischen Wirtschaftsregionen außerhalb Europas teilzuhaben, um unsere Unternehmen vor unfairen Handelspraktiken zu schützen, und um sicherzustellen, dass Spitzentechnologien weiterhin in Deutschland entwickelt und ins Ausland verkauft werden können.

Die deutsche Wirtschaft begrüßt die starke Rolle der EU in der Außenwirtschaftspolitik. Denn gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir eine stärkere Stimme. Zudem verhindert eine einheitliche Außenwirtschaftspolitik Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sollten daher eine aktive EU-Außenwirtschaftspolitik Deutschlands unterstützen und mitgestalten.

Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab und in der Industrie jeder zweite



Ansprechpartner

Abteilung

Außenwirtschaftspolitik

Dr. Stormy-Annika Mildner

Abteilungsleiterin

T +49 30 2028-1562

S.Mildner@bdi.eu

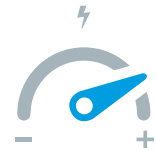
Grafik 17 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Chancen der Globalisierung zum Nutzen des Gemeinwohls ergreifen

- Produkte „Made in Germany“ sind weltweit gefragt.
- Jeder 4. deutsche Arbeitsplatz hängt am Export, in der Industrie jeder 2.¹⁰⁶

- Für offene Märkte eintreten.
- Hohe Standards in der Handelspolitik verankern.
- Dialog mit Bevölkerung über Chancen der Globalisierung führen.



Protektionismus bekämpfen, Handelshemmnisse abbauen

- Verhältnis von Importen und Exporten zum BIP beträgt in Deutschland 86 %. Protektionismus nimmt stetig zu.^{107, 108}

- G20-Verpflichtung gegen Protektionismus effektiver gestalten und umsetzen.
- WTO-Überwachungsmaßnahmen stärken.
- WTO-Mechanismus zur Klärung nicht-tarifärer Handelsprobleme einführen.



TTIP auf der Handelsagenda halten und fortsetzen

- USA sind Deutschlands wichtigster Exportmarkt weltweit.
- Zölle und Bürokratie erschweren für viele Unternehmen den Handel und den Zugang zum US-Markt.

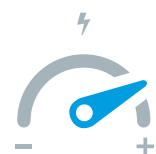
- TTIP als zentrales Element der Handelsagenda fortführen.
- Standards und Gestaltungsspielraum in der EU umfänglich sichern.



CETA zügig ratifizieren

- CETA ist ein modernes Abkommen, das den Zugang zum kanadischen Markt erheblich verbessern wird.
- CETA schützt nationale Spielräume und sichert Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltstandards.

- CETA zügig ratifizieren.
- Die Bestimmungen in vorläufiger Anwendung umsetzen und mit Leben füllen.





WTO stärken

- WTO ist Hüterin des multilateralen Handelssystems.
- Grundlegende WTO-Regeln und Verträge gelten für 164 Mitglieder.
- WTO besitzt effektives Streitschlichtungssystem.

- Agenda, Regeln und Organisation stetig modernisieren.
- WTO-Regeln für Freihandelsabkommen ausbauen und durchsetzen.
- Neuen Marktzugang über die WTO schaffen.



Weitere Freihandelsabkommen (FTAs) mit strategischen Partnern abschließen

- Ca. 90 % des globalen Wirtschaftswachstums wird außerhalb der EU generiert.¹⁰⁹

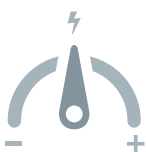
- Ambitionierte FTAs aushandeln und umsetzen.
- Nicht-tarifäre und regulatorische Fragen in Fokus stellen.
- Durch liberale Ursprungsregeln Mittelstandsfreundlichkeit steigern.



Globale Ordnung gestalten – G20 nutzen

- 70 % der G20-Beschlüsse werden umgesetzt.¹¹⁰
- G20-Mitglieder stehen für 85 % des Welt-BIP, 76 % des -handels und 64 % der -bevölkerung.¹¹¹

- G20 auf konkrete Maßnahmen und konsequente Implementierung ausrichten.
- Digitalisierung und globale Marktlösungen für Klimaschutz als Schwerpunkte setzen.



Auslandsinvestitionen wirksam schützen, Rechtssicherheit erhöhen

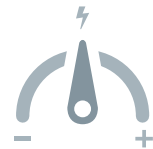
- Auslandsinvestitionen erschließen Märkte.
- Auslandsinvestitionen generieren doppelt so viel Umsatz (2014: 2,6 Bio. Euro) wie deutsche Exporte (2014: 1,2 Bio. Euro).¹¹²

- Hohes Schutzniveau sichern.
- CETA und TTIP als Wegmarken für Reformen nutzen.
- Multilaterale Schutzmechanismen entwickeln.

Handelspolitische Schutzinstrumente wirksam ausgestalten

- Handelspolitische Schutzinstrumente sichern fairen Wettbewerb.
- Zahl der Anti-Dumping-Fälle nimmt weltweit zu.
- Subventionierte Staatsunternehmen verzerren weltweiten Wettbewerb.

- Effektive Antidumpingverfahren sichern.
- Antidumpingverfahren für die Beteiligten transparenter gestalten.



Exportkontrollen für Dual-Use-Güter unternehmensfreundlich gestalten

- Nur klare Prüfkriterien schaffen Verlässlichkeit im Export.
- Lange Lieferzeiten sind globaler Wettbewerbsnachteil.

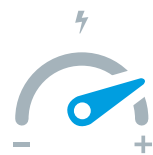
- Neue Exporthemmnisse für IT-Produkte auch bei stärkerem Schutz von Menschenrechten vermeiden.
- Rechtsunsicherheit vermeiden: Gefahrenlagen im Gesetz definieren.



Außenwirtschaftsförderung zukunftsfähig machen

- Außenwirtschaftsförderung öffnet Zugang zu neuen Märkten.
- Deutsche Firmen verlieren Konsortialführerschaft.
- Exporte in Schwellenländer steigen.

- Instrumente der Außenwirtschaftsförderung optimieren und Zusammenspiel verbessern.
- Level-Playing-Field sicherstellen. Politische Flankierung ausbauen.



Internationale Märkte **Worum geht es?**



Als drittgrößte Exportnation bleibt Deutschland auch im Zuge sich verändernder globaler Kräfteverhältnisse ein Motor der Weltwirtschaft. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sorgt dafür, dass „Made in Germany“ weiterhin als Qualitätssiegel gilt. So sichert die globale Nachfrage nach deutschen Produkten Wohlstand und Arbeitsplätze.

Um im Konzert der großen Wirtschaftsmächte weiterhin ein Taktgeber sein zu können, hat Deutschland ein großes Interesse daran, enge Handelsbeziehungen mit den wichtigsten Wachstumsregionen zu halten und auszubauen. Asien, Amerika, Nah- und Mittelost sowie Afrika bieten der deutschen Wirtschaft große Marktchancen. Um sie optimal nutzen zu können, braucht die Industrie politische Flankierung.

Ein offener Dialog mit den entsprechenden Ländern über bestehende Probleme und gemeinsame Lösungen bleibt ein wichtiger Pfeiler für den freien und fairen Fluss von Gütern und Dienstleistungen und für den Abbau noch bestehender Investitionsbeschränkungen.

Dieser freie Handel sollte auf Grundlage ambitionierter Abkommen mit möglichst vielen Wachstumsmärkten nachvollziehbar geregelt werden. Mit der notwendigen politischen Unterstützung kann die deutsche Industrie zum wirtschaftlichen Erfolg und zur gesamtgesellschaftlichen Stabilität in den Zielländern beitragen.

Ansprechpartner

Abteilung
Internationale Märkte

Friedolin Strack

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1423
F.Strack@bdi.eu

Abteilung
Außenwirtschaftspolitik

Dr. Stormy-Annika Mildner

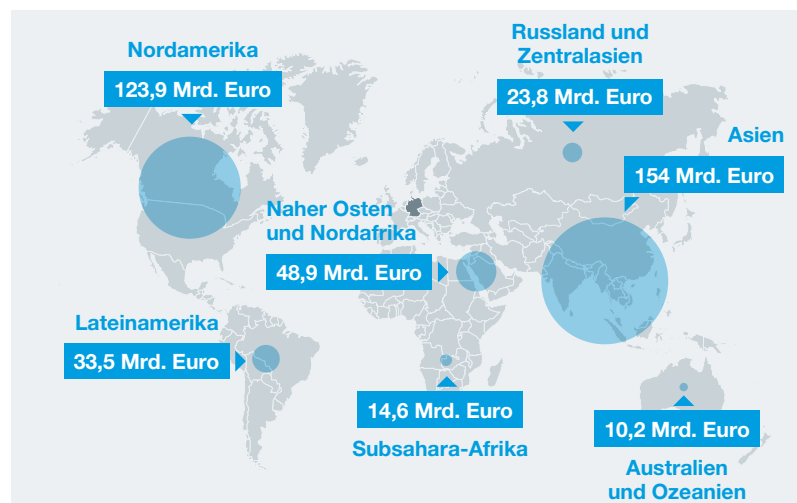
Abteilungsleiterin
T +49 30 2028-1579
S.Mildner@bdi.eu

Abteilung
Sicherheit und Rohstoffe

Matthias Wachter

Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1579
M.Wachter@bdi.eu

Deutsche Exporte nach Regionen (2015)



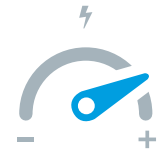
Grafik 18 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Dialog mit asiatischen Partnerländern auf hohem Niveau fortsetzen

- Gerade in Asien ist der Einsatz für eine Marktöffnung dann erfolgreich, wenn Politik und Wirtschaft kooperieren.

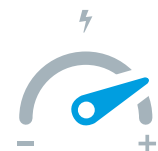
- Enge Abstimmung mit Staaten Asiens fortführen.
- Wirtschaftsthemen zentralen Stellenwert einräumen.
- Für Marktöffnung und Beteiligung deutscher Firmen an Projekten eintreten.



Freien Handel mit Asien fördern

- 2015 betrug Exporte nach Asien 154 Mrd. Euro (Anteil von 13,3 %).¹¹³
- Im globalen Vergleich wachsen asiatische Entwicklungs- und Schwellenländer weiterhin überdurchschnittlich stark.

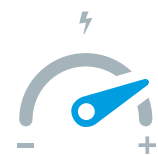
- Ambitionierte Freihandelsabkommen mit asiatischen Wachstumsmärkten abschließen.



Technologie deutscher Unternehmen auf asiatischen Märkten schützen

- Deutschland und Asien ergänzen sich zum Teil technologisch mit spezifischen Kompetenzen.
- Technologieschutz ist Voraussetzung für Kooperation mit Asien im Bereich Industrie 4.0.

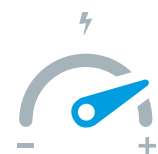
- Staatliche Regulierung, die zu Technologie-Offenlegung zwingt, zurückdrängen.
- IPR-Schutz verbessern.



Moderne Freihandelsabkommen mit Ländern Lateinamerikas abschließen

- 2015 betrug Exporte nach Lateinamerika 33,5 Mrd. Euro.
- Fehlende/unzureichende Abkommen verschlechtern Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen.

- EU-Mercosur-Verhandlungen zügig abschließen.
- Abkommen mit Mexiko und Chile entsprechend aktuellen Anforderungen modernisieren.

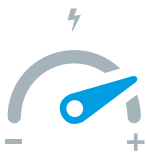




Zugang zum nordamerikanischen Markt erhalten und ausbauen

- Nordamerika ist zweitgrößte Zielregion deutscher Exporte außerhalb der EU.
- Zugang zur NAFTA-Zone durch Abkommen mit USA, Mexiko und Kanada.

- Handel mit Mexiko auf Basis eines modernisierten FTA weiter intensivieren.
- CETA zügig ratifizieren.
- TTIP auf der Agenda halten und fortsetzen.



Nachhaltig Fluchtursachen in Nahost und Nordafrika bekämpfen

- Nur politische und wirtschaftliche Stabilität vor Ort senkt Flüchtlingszahlen nachhaltig.
- Deutsche Unternehmen engagieren sich in der Region.

- Gesamtstrategie für Region ausarbeiten.
- Länderspezifische Maßnahmen und Instrumente zur Förderung von Handel und Investitionen erarbeiten.



Auftragsvergaben in Nah- und Mittelost, Nordafrika effektiver flankieren

- Geschäfte deutscher Firmen in der Region sind stark abhängig vom Erfolg bei der Vergabe von Großprojekten.

- Partnern hochrangig und auf Augenhöhe begegnen.
- Politische Kontakte verstärkt für wirtschaftliche Anliegen nutzen.
- Vorteile deutscher Produkte hervorheben.



Marktzugang in Iran mindestens erhalten

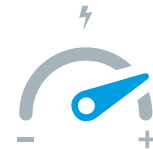
- Durch Atomabkommen ist Iran der potenziell größte Wachstumsmarkt der Region.
- US-Finanzmarktsanktionen erschweren Finanzierung für deutsche Firmen.

- Gleichklang der Sanktionslockerungen v. a. mit USA erreichen.
- Nachteile für US-Geschäfte deutscher Unternehmen, die im Iran aktiv sind, ausschließen.

Afrika als Chancenkontinent begreifen

- 2017 werden voraussichtlich 9 der 15 weltweit am stärksten wachsenden Volkswirtschaften in Subsahara-Afrika (SSA) liegen.¹¹⁴
- 5 der Top-10-Reformländer befinden sich in SSA.¹¹⁵

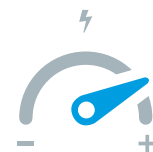
- EPA-Ratifizierung aktiv unterstützen.
- Länderkreis für Doppelbesteuerungsabkommen erweitern.
- Wirtschaft aktiv bei Delegationsreisen einbinden.



Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen in Afrika verbessern

- Rahmenbedingungen sind entscheidend für verstärktes Engagement deutscher Unternehmen in Subsahara-Afrika.
- Ausgeprägtes Infrastrukturdefizit verhindert Investitionen.

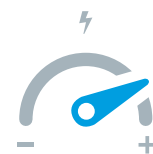
- Infrastruktur verbessern.
- Regionale Integration weiter stärken.
- Berufliche Bildung fördern.



Visaliberalisierung vorantreiben

- Strenge Visavorgaben erschweren Geschäftsreisen unnötig.
- Geschäftsreisende schließen wichtige Verträge ab und geben während ihres Aufenthalts überdurchschnittlich viel Geld aus.

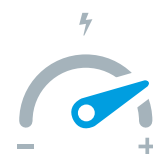
- Visapflicht auf europäischer Ebene wo immer möglich abschaffen.
- Antragsprozesse beschleunigen und verschlanken; Transparenz gegenüber Antragstellern erhöhen.



Gesundheit als wichtigen Entwicklungsfaktor in der Außenpolitik nutzen

- In Schwellenländern steigt Bedarf an hochwertigen Gesundheitsleistungen.
- In Entwicklungsländern muss Gesundheitsversorgung verbessert werden.

- Expertise deutscher Unternehmen empfehlen und gezielt positiv in der Wirtschafts- und Außenpolitik einsetzen.



Entwicklungs- zusammenarbeit



Worum geht es?

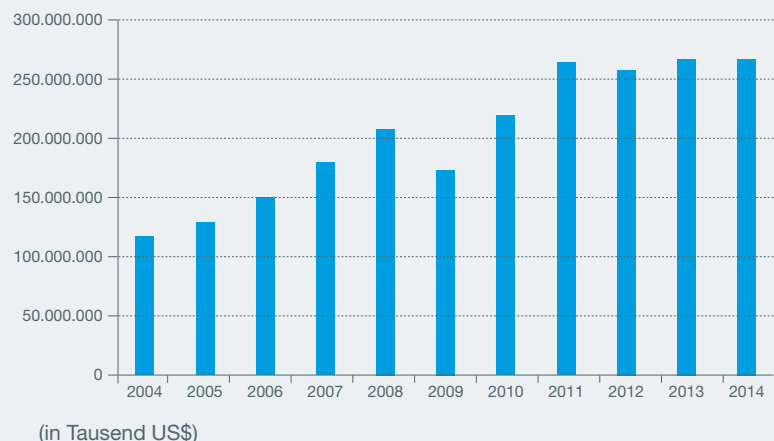
Die Stärke der deutschen Industrie beruht auf dem Export und ihrem Engagement in Auslandsmärkten. Die Integration in globale und lokale Lieferketten schafft Wertschöpfung weltweit und leistet einen Beitrag zur Entwicklung. Die Exportnation Deutschland ist damit mehr denn je von Entwicklungen betroffen, die sich weit entfernt ereignen. Ereignisse in Entwicklungs- und Schwellenländern haben direkte Auswirkung auf uns und stellen unsere Innenpolitik, unsere Wirtschaft und nicht zuletzt unsere Gesellschaft auf die Probe.

Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß und nur gemeinsam lösbar. Es handelt sich nicht um isolierte Probleme armer Länder. Es bedarf neuer Ansätze, um diese mehrdimensionalen Aufgaben zu lösen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können die drängenden Herausforderungen bewältigt werden. In der Entwicklungspolitik muss die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gleichberechtigt neben die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren rücken. Eine konsequente Nutzung der jeweiligen Expertisen auf Basis ordnungspolitischer Grundsätze ist nötig, um die Potenziale der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auszuschöpfen. Die Industrie benötigt hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Ansprechpartner
Abteilung
Sicherheit und Rohstoffe

Matthias Wachter
Abteilungsleiter
T +49 30 2028-1579
M.Wachter@bdi.eu

Wert sämtlicher deutscher Exporte in Entwicklungsländer



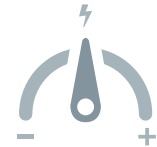
Grafik 19 (siehe Abbildungsverzeichnis)

Handlungsempfehlungen

Rolle der Industrie in der Entwicklungszusammenarbeit stärken

- Stärken der Industrie werden nicht ausgeschöpft.
- Entwicklungspolitische Ziele lassen sich nur in Kooperation mit der Wirtschaft verwirklichen.

- Mittel zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auf 5 % des BMZ-Etats erhöhen.
- Politische Flankierung im Ausland verbessern.



Globale Agenda für nachhaltige Entwicklung umsetzen

- Globale Agenda ist ehrgeizigstes Projekt der internationalen Gemeinschaft zur Entwicklung.
- Zielsystem gilt für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer.

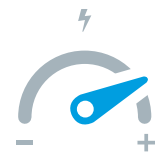
- Rahmenbedingungen für starkes Engagement der Wirtschaft schaffen.
- Rolle der Industrie immer mitdenken.



Innovative Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) ausbauen

- Kaum Finanzierungsmöglichkeiten für mittlere Volumina.
- Anteil innovativer Instrumente zu gering.

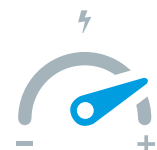
- Produkte am Bedarf von KMU ausrichten.
- Nachhaltigkeitskriterien in allen Phasen eines FZ-Vorhabens berücksichtigen.



Instrumente der technischen Zusammenarbeit (TZ) weiterentwickeln

- TZ unterstützt Projekte von Unternehmen.
- Zukunftsweisende Projekte, die einen entwicklungspolitischen Beitrag leisten, werden realisiert.

- Förderinstrumente an die Prozesse von Unternehmen anpassen.
- TZ-Instrumente kontinuierlich weiterentwickeln.





Außenwirtschaftsförderung (AWF) und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gemeinsam denken

- Synergien zwischen EZ, Wirtschaft und AWF werden nicht genutzt.
- Im Vergleich zum internationalen Wettbewerb hat Deutschland Nachholbedarf.

- EZ und AWF stärker verzahnen.
- Ressortübergreifende Abstimmung verbessern.



Entwicklungszusammenarbeit international finanzieren

- Sustainable Development Goals können nicht nur mit staatlicher Entwicklungshilfe erreicht werden.
- Zusagen zur Entwicklungsfinanzierung werden nicht eingehalten.

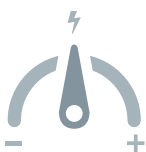
- Beiträge von Unternehmen als Ausgabe für Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen.
- Öffentliche und private Beiträge mischen.



Weltbank und regionale Entwicklungsbanken nutzen

- Entwicklungsbanken wichtig für Finanzierung öffentlicher Infrastruktur.
- Weltbank investierte 2015 63 Mrd. US\$ in Entwicklungsländer.

- KMU im Umgang mit Entwicklungsbanken unterstützen.
- Entwicklungsbanken weiter stärken.



Reformbemühungen unterstützen

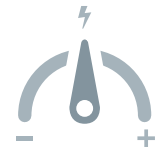
- Verlässliche Rahmenbedingungen sind einer der wichtigsten Entscheidungsfaktoren für ein verstärktes Engagement.
- Viele Länder leiden an einem Infrastrukturdefizit.
- Korruption ist ein Wachstumshindernis.

- Good Governance aktiv einfordern und Anreize schaffen.
- Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur fördern.

Lokale Wirtschaft fördern

- Privatsektor ist entscheidend für Armutsreduzierung.
- KMU schaffen Großteil von Arbeitsplätzen.
- 60 % der Jugendlichen in ärmsten Ländern sind arbeitslos.

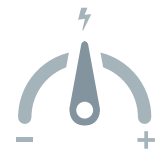
- Unternehmensgründungen vor Ort unterstützen.
- Erfahrungen im dualen Ausbildungssystem weitergeben.
- Partnerländer beim Aufbau moderner Arbeitsmarktpolitik beraten.



Fluchtursachen bekämpfen

- Weltweit sind mehr als 60 Mio. Menschen auf der Flucht.
- 9 von 10 Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern.
- Die meisten afrikanischen Flüchtlinge leben in Ostafrika.

- Lebensbedingungen in Herkunftsländern verbessern.
- Länder unterstützen, die Flüchtlinge aufnehmen.
- Neue Konzepte und Partnerschaften mit Industrie testen und innovative Lösungsansätze finden.



Quellenverzeichnis

- ¹ „Privatverfügbarkeit an Gewerbestandorten in Deutschland“ in: TÜV Rheinland (2015). *Bericht zum Breitbandatlas Ende 2015*. S. 25. URL: http://www.zukunft-breitband.de/SharedDocs/DE/Anlage/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-ende-2015-ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 02.12.2016].
- ² Bräutigam, Peter & Klindt, Thomas (2016). *Digitalisierte Wirtschaft/Industrie 4.0: Gutachten der Noerr LLP im Auftrag des BDI zur rechtlichen Situation, zum Handlungsbedarf und zu ersten Lösungsansätzen*. S. 18 ff. URL: http://bdi.eu/media/themenfelder/digitalisierung/downloads/20151117_Digitalisierte_Wirtschaft_Industrie_40_Gutachten_der_Noerr_LL.pdf. [Aufgerufen am 02.12.2016].
- ³ Zur begrifflichen Abgrenzung der Experimentierräume vgl. BMWi (2016). *Digitale Strategie 2025*. S. 26 ff. URL: <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/digitale-strategie-2025,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 13.12.2016].
- ⁴ BMBF (2014). *Pressemitteilung zu „Internationale Bildungsstudie ICILS misst Computerkompetenzen“*. URL: <https://www.bmbf.de/de/internationale-bildungsstudie-icils-misst-computerkompetenzen-767.html>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ⁵ Bitkom (2016). *Industrie im Visier von Cyberkriminellen und Nachrichtendiensten*. URL: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Industrie-im-Visier-von-Cyberkriminellen-und-Nachrichtendiensten.html>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ⁶ ZVEI (2016). *Cybersicherheit – wie sich die Automationsbranche schützt*. URL: <http://www.zvei.org/Publikationen/Cybersicherheit-Wie-sich-die-Automationsbranche-schuetzt-ZVEI-BSI-Sicherheitsumfrage-2016.pdf>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ⁷ Bitkom (2016). *Industrie 4.0 – wie Sensoren, Big Data und 3D-Druck die Produktion und die Arbeit in der Fabrik verändern*. S. 9. URL: <https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-PIs/2016/Bitkom-Pressekonzferenz-Industrie-40-21-04-2016-Praesentation-final.pdf>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ⁸ KfW (2016). *KfW-Gründungsmonitor*. S. 5 ff. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/Gr%C3%BCndungsmonitor-2016.pdf>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ⁹ Dialog Consult & VATM (2016). *18. TK-Marktanalyse Deutschland 2016*. S. 24. URL: http://www.vatm.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1483796532&hash=77e2e74920c6a928d39bc18b-73de8a974d322bd8&file=uploads/media/VATM_TK-Marktstudie_2016_191016.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁰ Bitkom (2016). *E-Government-Nutzung kommt nur schleppend voran*. URL: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/E-Government-Nutzung-kommt-nur-schleppend-voran.html>. [Aufgerufen am 03.11.2016].
- ¹¹ BDEW (2016). *BDEW Strompreisanalyse Mai 2016*. URL: [https://www.bdew.de/internet.nsf/res/886756C1635C3399C1257FC500326489/\\$file/160524_BDEW_Strompreisanalyse_Mai2016.pdf](https://www.bdew.de/internet.nsf/res/886756C1635C3399C1257FC500326489/$file/160524_BDEW_Strompreisanalyse_Mai2016.pdf). [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹² Statistisches Bundesamt (2016). *Entwicklung des jährlichen Erfüllungsaufwandes*. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Buerokratiekosten/Ergebnisse/Erfuellungsaufwand/Tabellen.html>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹³ BDI (eigene Berechnung), basierend auf BMF (2016). *Steuerschätzung November 2016*. URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2016/05/2016-05-07-PM12-Steuerschaetzung-Anlage3.pdf;jsessionid=82A824343B-243833C8AAAA8CC2E9CD7A?__blob=publicationFile&v=4. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁴ OECD (2016). *Mutual Agreement Procedure Statistics for 2014*. URL: <http://www.oecd.org/ctp/dispute/map-statistics-2014.htm>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁵ Spengel, Christoph & Wiegard, Wolfgang (2011). *Ökonomische Effekte einer steuerlichen Forschungsförderung in Deutschland*. S. 20-53. URL: http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Oekonomische_Effekte_einer_SFF_in_Deutschland_Spengel_Wiegard_2011.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁶ BDI & Deutsche Bank (2016). *Die größten Familienunternehmen in Deutschland: Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2016 – Chartbook I: Innovation und Investitionen*. S. 20. URL: http://bdi.eu/media/themenfelder/mittelstand_familienunternehmen/publikationen/Fruerjahrsbefragung_2016_Chartbook_I_070716.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁷ *Ibid.*
- ¹⁸ IW Consult (2008). *Untersuchung der betrieblichen Kosten der Abführung von Umsatzsteuer, Lohnsteuer und Sozialabgaben*. IW Consult GmbH Köln. S. 4.
- ¹⁹ BMUB (2016). *Kurzinfo Energieeffizienz - Politik der Bundesregierung*. URL: <http://www.bmub.de>.

- bund.de/themen/klima-energie/energieeffizienz/kurzinfo/. [Aufgerufen am 25.11.2016].
- ²⁰ Gornig, Martin *et al.* (DIW) (2016). *Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2015*. S. 27. URL: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Bauwirtschaft/strukturdaten_bau_studie_bf.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ²¹ Bundesnetzagentur & Bundeskartellamt (2016). Monitoringbericht 2016. S. 116. URL: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/DatenaustauschUndMonitoring/Monitoring/Monitoringbericht2016.pdf?__blob=publicationFile&v=2. [Aufgerufen am 06.12.2016].
- ²² Bundesnetzagentur & Bundeskartellamt (2016). Monitoringbericht 2016. S. 97 ff. URL: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/DatenaustauschUndMonitoring/Monitoring/Monitoringbericht2016.pdf?__blob=publicationFile&v=2. [Aufgerufen am 06.12.2016].
- ²³ 50hertz *et al.* (2016). Prognose der EEG-Umlage 2017 nach AusglMechV. URL: https://www.netztransparenz.de/portals/1/Content/EEG-Umlage/EEG-Umlage%202017/20161014_Veroeffentlichung_EEG-Umlage_2017.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ²⁴ BDEW (2016). *Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken (2016)*. S. 38. URL: [https://www.bdew.de/internet.nsf/res/7BD63123F7C9A76BC1257F61005AA45F/\\$file/160218_Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf](https://www.bdew.de/internet.nsf/res/7BD63123F7C9A76BC1257F61005AA45F/$file/160218_Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf). [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ²⁵ Siehe BMWi (2016). *Energieeffizienz*. URL: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/energieeffizienz.html>. [Aufgerufen am 25.11.2016].
- ²⁶ dena (2016). *Initiative Energieeffizienz-Netzwerke*. URL: <http://www.energieeffizienznetzwerke.org/initiative/unsere-netzwerke/>. [Aufgerufen am 25.11.2016].
- ²⁷ ACEEE (2016). *Germany, Italy, and Japan Top World Energy Efficiency Rankings*. URL: <http://aceee.org/press/2016/07/germany-italy-and-japan-top-world>. [Aufgerufen am 25.11.2016].
- ²⁸ ewi, gws & prognos (2014). *Entwicklung der Energiemärkte – Energiereferenzprognose, Studie im Auftrag des BMWi (Kurzfassung zum Endbericht)*. S. 6. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/entwicklung-der-energie-maerkte-energiereferenzprognose-kurzfassung.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ²⁹ *Ibid.*
- ³⁰ BMWi (2016). *Energieforschung*. URL: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiedaten-und-analysen/Energiedaten/energieforschung.html>. [Aufgerufen am 25.11.2016].
- ³¹ Fraunhofer IWES *et al.* (2015). *Interaktion EE-Strom, Wärme und Verkehr*. URL: http://www.energiesystemtechnik.iwes.fraunhofer.de/content/dam/iwes-neu/energiesystemtechnik/de/Dokumente/Veroeffentlichungen/2015/Interaktion_EEStrom_Waerme_Verkehr_Endbericht.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ³² E-Bridge, IAEW & OFFIS (2014). *Moderne Verteilernetze für Deutschland (Verteilernetzstudie)*. S. 105 ff. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/verteilernetzstudie.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ³³ IW Köln & TU Delft (2016). *Konsistente europäische Industrie-, Klima- und Energiepolitik – Mit besonderem Augenmerk auf dem EU-Emissionshandel*. S. 26. URL: http://bdi.eu/media/themenfelder/energie_klima/downloads/20160520_Foliensatz_BDI-Klimastudie.pdf. [Aufgerufen am 07.12.2016].
- ³⁴ Europäische Kommission (2015). *Impact Assessment zum ETS-Reform-Vorschlag*. S. 27. URL: https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/ets/revision/docs/impact_assessment_en.pdf. [Aufgerufen am 07.12.2016].
- ³⁵ Heymann, Eric (2013). *Carbon Leakage: Ein schleichender Prozess*. S. 9-10. URL: https://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE%20PROD/PROD0000000000326197/Carbon+Leakage%3A+Ein+schleichender+Prozess.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ³⁶ BMUB (2016). *Klimaschutzplan 2050*. Seite 3. URL: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf. [Aufgerufen am 22.11.2016].
- ³⁷ Statistisches Bundesamt (2014). *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland (Indikatorenbericht 2014)*. S. 8. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomischerGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/IndikatorenPDF_0230001.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ³⁸ Justiz-und-Recht (2016). *Wie lange dauert ein verwaltungsgerichtliches Verfahren? Eine Prognose für das Jahr 2016 – Sieger und Verlierer 2014*. URL:

- http://justiz-und-recht.de/wie-lange-dauert-ein-verwaltungsgerichtliches-verfahren-eine-prognose-fuer-das-jahr-2016-sieger-und-verlierer-2014/#-Durchschnittliche_Gesamtdauer_von_Hauptsacheverfahren_ueber_die_1_und_die_2_Instanzen_wenn_die_2_Instanzen_durch_Urteil_entschieden_wird. [Aufgerufen am 13.10.2016].
- ³⁹ Croll, Hannelore (2016). *Naturschutz-Irrsinn: Stuttgart 21 muss 8600 Euro pro Eidechse zahlen*. URL: <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/deutsch-sued-west/article154477361/Stuttgart-21-muss-8600-Euro-pro-Eidechse-zahlen.html>. [Aufgerufen am 13.10.2016].
- ⁴⁰ ECHA (2016). *REACH and CLP – the journey so far*. S. 2. URL: https://www.echa.europa.eu/documents/10162/13634/operation_reach_clp_2016_summary_en.pdf/4b90a2e1-eb95-493c-9506-14ccef7794f7. [Aufgerufen am 14.10.2016].
- ⁴¹ Umweltbundesamt (2016). *Treibhausgas-Emissionen in Deutschland*. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland>. [Aufgerufen am 07.11.2016].
- ⁴² simTD (2013). *Volkswirtschaftliche Bewertung: Wirkungen von simTD auf die Verkehrssicherheit und die Verkehrseffizienz*. S. 51 & 59. URL: http://www.simtd.de/index.dhtml/object.media/deDE/8136/CS/-/backup_publications/Projektresultate/simTD-TP5-Abschlussbericht_Teil_B1-B.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁴³ ADAC (2016). *ADAC Staubilanz 2015*. URL: https://www.adac.de/infotest/adac-im-einsatz/motorwelt/staubilanz_2015.aspx. [Aufgerufen am 09.11.2016].
- ⁴⁴ BMVI (2016). *Verkehrsverflechtungsprognose 2030*. URL: <http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/verkehrsverflechtungsprognose-2030.html>. [Aufgerufen am 09.11.2016].
- ⁴⁵ BMVI (2016). *Verkehr in Zahlen 2014/15*. URL: http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/verkehr-in-zahlen-pdf-2016-2017.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 09.11.2016].
- ⁴⁶ BDL (2016). *Klimaschutz Report 2016*. S. 3. URL: https://www.bdl.aero/download/2280/bdl_klimaschutzreport_2016.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁴⁷ BDLI (2016). *Technologiestrategie der Deutschen Luftfahrtindustrie*. S. 7. URL: https://www.bdli.de/sites/default/files/2016-06/BR_TechStrategie16_Digital_1.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁴⁸ BDL (2016). *Klimaschutz Report 2016*. S. 3.
- ⁴⁹ Bast (2014). *Feldversuch mit Lang-Lkw: Zwischenbericht*. S. 29. URL: https://www.bast.de/DE/Verkehrstechnik/Fachthemen/v1-lang-lkw/v1-zwischenbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁵⁰ MWP et al. (2014). *Seeverkehrsprognose 2030*. S. 84. URL: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/verkehrsverflechtungsprognose-2030-seeverkehr-schlussbericht-los-2.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁵¹ Kienbaum & BDI (2016). *Frauen in Führungspositionen: Perspektiven aus der Praxis*. S. 10. URL: https://storage.googleapis.com/kienbaum-homepage.appspot.com/downloads/Frauen_in_Fuehrungspositionen_BDI_Kienbaum-Studie_2016.pdf. [Aufgerufen am 17.11.2016].
- ⁵² Europäisches Parlament (2013). *Bewertung des europäischen Mehrwerts: 14. Gesellschaftsrechtsrichtlinie*. S. 46. URL: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/JOIN/2013/494460/IPOL-JOIN_ET\(2013\)494460_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/JOIN/2013/494460/IPOL-JOIN_ET(2013)494460_DE.pdf). [Aufgerufen am 15.11.2016].
- ⁵³ BDI & Noerr (2015). *Industrie 4.0 – Rechtliche Herausforderungen der Digitalisierung: Ein Beitrag zum politischen Diskurs*. S. 5. URL: <https://www.noerr.com/~media/Noerr/PressAndPublications/Brochures/studien/Rechtliche-Herausforderungen-Digitalisierung-Industrie-40.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁵⁴ *Ibid.* S. 7.
- ⁵⁵ Towers Watson (2011). *U.S. Tort Costs trends – 2011 Update*. S. 6. URL: <http://www.casact.org/library/studynotes/Towers-Watson-Tort-Cost-Trends.pdf>. [Aufgerufen am 11.10.2015].
- ⁵⁶ Transparency International (2015). *Progress Report 2015: Assessing Enforcement of the OECD Convention on Combating Foreign Bribery*. S. 13. URL: https://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Internationales/2015_ExportingCorruption_OECDProgressReport_EN.pdf. [Aufgerufen am 29.08.2016].
- ⁵⁷ EVZ (2015). *Commercial Warranties – are they worth the money? Legal guarantees and commercial warranties on consumer goods in the EU, Iceland and Norway*. S. 16. URL: http://www.evz.de/fileadmin/user_upload/eu-consommateurs/PDFs/PDF_EN/REPORT_GUARANTEE/Garanties_2014_FINAL.pdf. [Aufgerufen am 26.08.2016].
- ⁵⁸ IfD-Allensbach (2016) in ZAW (2016). *Verbraucher mit Markt- und Werbekompetenz*. S. 5. URL: <http://www.zaw.de/zaw/aktuelles/meldungen/Anlagen/Allensbach-ZAW-2016.pdf>. [Aufgerufen am 17.11.2016].

- ⁵⁹ Nationaler Normenkontrollrat (2016). *Jahresbericht 2016*. S. 2. URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Buerokratiekosten/Download/Jahresbericht_NKR.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁶⁰ ZAW (2016). *Werbung sichert Medienvielfalt*. URL: <http://www.zaw.de/zaw/wert-der-werbung/fakten-und-zusammenhaenge/?navid=792160792160>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁶¹ Deutsche Stiftung Verbraucherschutz (2016). *Praxisorientierte Bedarfsanalyse zur Schulischen Verbraucherbildung*. URL: <https://www.verbraucherstiftung.de/praxisorientierte-bedarfsanalyse-zur-schulischen-verbraucherbildung>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁶² IfD-Allensbach (2016) in ZAW (2016). *Verbraucher mit Markt- und Werbekompetenz*. S. 4. URL: <http://www.zaw.de/zaw/aktuelles/meldungen/Anlagen/Allensbach-ZAW-2016.pdf>. [Aufgerufen am 17.11.2016].
- ⁶³ Deutscher Bundestag (2015). *Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 2013/2014 sowie über die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet*. S. 13. URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/052/1805210.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁶⁴ Brettel, Hauke & Thomas, Stephan (2016). *Compliance und Unternehmensverantwortlichkeit im Kartellrecht*. Mohr Siebeck Verlag. S. 88.
- ⁶⁵ Handelsblatt Research Institute (2015). *Re-Kommunalisierung – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit*. S. 57 ff. URL: http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Studie_Rekommunalisierung.pdf. [Aufgerufen am 16.11.2016].
- ⁶⁶ BDI (2014). *Wettbewerbsbarometer: Gemeindegewirtschaftsrecht*. S. 6. URL: http://bdi.eu/media/presse/publikationen/konjunktur-standort-und-wettbewerb/Wettbewerbsbarometer_Gemeindegewirtschaftsrecht.pdf. [Aufgerufen am 17.11.2016].
- ⁶⁷ Europäische Kommission (2014). *Ten Years of Antitrust Enforcement under Regulation 1/2003*. S. 8. URL: http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/swd_2014_230_en.pdf. [Aufgerufen am 16.11.2016].
- ⁶⁸ BMBF (2016). *Bundesbericht Forschung und Innovation 2016*. S. 9-13. URL: https://www.bmbf.de/pub/Bufi_2016_Ergaenzungsband_1.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁶⁹ BDI & Kienbaum (2016). *Innovations-Check in der Gesetzesfolgenabschätzung: Gesetzgebung in innovationsfreundlicher gestalten*. S. 7. URL: http://bdi.eu/media/user_upload/20160711_Studie_Innovations-Check-in-der-Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁰ BDA (2016). *MINT-Qualifikationen: Engpass bei MINT-Nachwuchs hemmt Wachstum und Innovationen*. URL: http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE_MINT. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷¹ EFI (2016). *Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands*. S. 22-27. URL: https://www.bmbf.de/files/EFI_Gutachten_2016.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷² BDI & ZVEI (2016). *360 Grad Analyse zur steuerlichen F&E-Förderung*. S. 1 ff.
- ⁷³ ZEW & Fraunhofer ISI (2016). *Dokumentation zur Innovationserhebung 2015*. S. 86. URL: <http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/p/de/projektberichte/MIP-Dokumentation1601.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁴ IW Consult & SANTIAGO (2016). *Innovationen den Weg ebnen*. S. 8 ff. & 52 ff. URL: <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/vci-innovationsstudie-langfassung.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁵ BDI (2015). *Positionspapier – Erfahrungen der deutschen Industrie zwei Jahre nach Programmstart von Horizont 2020*. S. 4 ff. URL: http://bdi.eu/media/themenfelder/innovation/publikationen/2160321_Positionspapier_Programmstart-Horizont-2020_DE.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁶ KfW (2016). *KfW-Gründungsmonitor 2016*. S. 3. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/Gr%C3%BCndungsmonitor-2016.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁷ BMWi (2016). *Unternehmensgründungen und Gründergeist in Deutschland*. S. 22. URL: <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/F/factbook-gruenderland-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁸ acatech et al. (2015). *Innovationsindikator 2015*. S. 29. URL: http://www.innovationsindikator.de/fileadmin/2015/PDF/Innovationsindikator_2015_Web.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁷⁹ iit & Technopolis (2016). *Akzeptanz der Industrie am Wirtschaftsstandort Deutschland - Stand der Forschung, Erfahrungen und Handlungsansätze*.

- S. 20. URL: <https://www.buendnis-fuer-industrie.de/fileadmin/mediathek/pdf/akzeptanz-industrie-deutschland.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸⁰ BGR (2014). *Deutschland - Rohstoffsituation 2014*. S. 14 ff. URL: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Rohsit-2014.pdf?__blob=publicationFile&v=3. [Aufgerufen am 11.11.2016].
- ⁸¹ VRB (2016). *Rohstoffland Deutschland: Sichere Rohstoffversorgung für Deutschland und die Rolle des heimischen Bergbaus*. S. 8 ff. URL: http://www.braunkohle.de/index.php?article_id=98&file-name=vrb-imagebroschuere_a4_20161025-web.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸² DERA (2015). *DERA-Rohstoffliste 2014: Angebotskonzentration bei mineralischen Rohstoffen und Zwischenprodukten - potenzielle Preis- und Lieferrisiken*. S. 10. URL: http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-24.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [Aufgerufen am 11.11.2016].
- ⁸³ Statistisches Bundesamt (2014). *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland (Indikatorenbericht 2014)*. S. 8. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Umweltoekonomische-Gesamtrechnungen/Umweltindikatoren/IndikatorenPDF_0230001.pdf?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸⁴ DERA (2014). *DERA Rohstoffliste 2014*. S. 10 ff. URL: http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-24.pdf;jsessionid=86AC2125D00458AF9DAC3F774B5BFF9B.1_cid284?__blob=publicationFile&v=4. [Aufgerufen am 11.11.2016].
- ⁸⁵ DERA (2016). *DERA Rohstoffinformationen 28: Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2016*. S. 14. URL: http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/Studie_Zukunftstechnologien-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [Aufgerufen am 11.11.2016].
- ⁸⁶ KPMG (2016). *Tatort Deutschland: Wirtschaftskriminalität in Deutschland 2016*. S. 6. URL: <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/pdf/2016/07/wirtschaftskriminalitaet-2016-2-KPMG.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸⁷ Bitkom (2015). *Spionage, Sabotage und Datendiebstahl – Wirtschaftsschutz im digitalen Zeitalter*. S. 5 & 17. URL: <https://www.bitkom.org/Publikationen/2015/Studien/Studienbericht-Wirtschafts-schutz/150709-Studienbericht-Wirtschaftsschutz.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸⁸ BMI (2016). *Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland 2016*. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/cybersicherheitsstrategie-2016.pdf;jsessionid=D-C76D1D4BD3A8620686374932CDCFE7C.2_cid287?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁸⁹ Statistisches Bundesamt (2015). *Deutscher Außenhandel: Export und Import im Zeichen der Globalisierung*. S. 5. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/AussenhandelWelthandel5510006139004.pdf;jsessionid=C7DD547784401876E972689468E99CBC.cae4?__blob=publicationFile. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ⁹⁰ BMWi (2015). *Gesundheitswirtschaft - Fakten und Zahlen*. S. 8-10. URL: <http://www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/gesundheitswirtschaft-fakten-und-zahlen-2015,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2016].
- ⁹¹ *Ibid.*
- ⁹² BITKOM & Fraunhofer ISI (2012). *Gesamtwirtschaftliche Potenziale intelligenter Netze in Deutschland*. S. 12. URL: <https://www.bitkom.org/Publikationen/2014/Studien/studie-intelligente-netze1.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2016].
- ⁹³ Bundesagentur für Arbeit (2016). *Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Zeitarbeit - Aktuelle Entwicklungen*. S. 4. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf>. [Aufgerufen am 22.09.2016].
- ⁹⁴ BMAS (2015). *Bekanntmachung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes und des Faktors F für das Jahr 2016*. URL: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/faktor-f-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=2. [Aufgerufen am 26.09.2016] – Hinweis: Ohne Beitragszuschlag für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung.
- ⁹⁵ IW Köln (2016). *Die Jungen in den Blick nehmen (IW-Nachrichten)*. URL: <http://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/altersarmut-die-jungen-in-den-blick-nehmen-298659>. [Aufgerufen am 22.09.2016].
- ⁹⁶ Eurostat (2016). *Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätigerer*. URL: <http://ec.europa.eu/eurost>

- at/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdde100&plugin=1. [Aufgerufen am 26.09.2016].
- ⁹⁷ Eurostat (2016). *Erwerbstätigenquote nach Geschlecht, Altersgruppe 20-64*. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_10&language=de. [Aufgerufen am 26.09.2016].
- ⁹⁸ Roland Berger (2015). *Die Digitale Transformation der Industrie*. S. 42. URL: http://bdi.eu/media/user_upload/Digitale_Transformation.pdf. [Aufgerufen am 02.09.2016].
- ⁹⁹ EPRS (2015). *Zuordnung der Kosten des Nicht-Europas 2014-19*. URL: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU\(2015\)536364_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU(2015)536364_DE.pdf). [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁰⁰ Booz & Company (2013). *Benefits of an integrated European energy market*. URL: https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/20130902_energy_integration_benefits.pdf. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁰¹ *Ibid.*
- ¹⁰² Europäische Kommission (2015). *Impact Assessment zum ETS-Reform-Vorschlag*. S. 27. URL: https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/ets/revision/docs/impact_assessment_en.pdf. [Aufgerufen am 07.12.2016].
- ¹⁰³ IWF (2013). *The Euro Area Crisis: Need for a Supranational Fiscal Risk Sharing Mechanism?* S. 25. URL: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13198.pdf>. [Aufgerufen am 22.11.2016].
- ¹⁰⁴ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (2015). *Zuordnung der Kosten des Nicht-Europas, 2014-19*. S. 20. URL: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU\(2015\)536364_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU(2015)536364_DE.pdf). [Aufgerufen am 07.10.2016].
- ¹⁰⁵ *Ibid.* S. 85-88.
- ¹⁰⁶ Statistisches Bundesamt (2015). *Deutscher Außenhandel: Export und Import im Zeichen der Globalisierung*. S. 5. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/AussenhandelWelthandel5510006139004.pdf;jsessionid=C7DD547784401876E972689468E99CBC.cae4?_blob=publicationFile. [Aufgerufen am 22.09.2016].
- ¹⁰⁷ Statistisches Bundesamt (2016). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Tabellen zur Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 2011-2015*. URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Ir-vgr02.html?cms_gtp=152422_list%253D1&https=1. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹⁰⁸ WTO (2016). *Report on B20 Trade Measures (Mid-October 2015 to Mid-May 2016)*. S. 2. URL: https://www.wto.org/english/news_e/news16_e/g20_wto_report_june16_e.pdf. [Aufgerufen am 19.09.2016].
- ¹⁰⁹ Europäische Kommission (2015). *Handel für Alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik*. S. 8. URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153880.PDF. [Aufgerufen am 20.09.2016].
- ¹¹⁰ G20 (2015). *G20 Turkey: The Antalya Summit*. S. 200 ff. URL: <http://www.g20.com/eBooks/G20-2015-web.pdf>. [Aufgerufen am 20.09.2016].
- ¹¹¹ Weltbank (2016). *World Development Indicators*. URL: <http://data.worldbank.org/products/wdi>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹¹² Deutsche Bundesbank (2016). *Bestandserhebung über Direktinvestitionen*. S. 12. URL: https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_10/2016_bestandserhebung_direktinvestitionen.pdf?_blob=publicationFile. [Aufgerufen am 23.09.2016].
- ¹¹³ BMWi (2016). *Fakten zum deutschen Außenhandel*. S. 11. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/fakten-deutscher-aussenhandel,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹¹⁴ Weltbank (2016). *Global Economic Prospects: Divergences and Risks*. S. 169-172. URL: <http://pubdocs.worldbank.org/en/842861463605615468/Global-Economic-Prospects-June-2016-Divergences-and-risks.pdf>. [Aufgerufen am 05.12.2016].
- ¹¹⁵ Weltbank (2016). *Doing Business 2016. Measuring Regulatory Quality and Efficiency*. S. 37. URL: [http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB16-Full-Report.pdf](http://www.doingbusiness.org/~/media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB16-Full-Report.pdf). [Aufgerufen am 05.12.2016].

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1:

In Anlehnung an Forschungsunion (2013). *Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0*. S. 23. URL: https://www.bmbf.de/files/Umsetzungsempfehlungen_Industrie4_0.pdf. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 2:

Berechnungen des Institut für Mittelstandsforschung Bonn. URL: <http://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/#accordion=0&tab=0>. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 3:

Bundesministerium der Finanzen. *Finanzbericht 2017*. S. 23. Bundesministerium der Finanzen. Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2017 sowie des Finanzplans 2016-2020.

Grafik 4:

URL: www.netztransparenz.de/de/EEG-Umlage.htm. URL: www.cheapenergy24.de/eeg-umlage/. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 5:

Deutsche Bank Research, E. Heymann (12.05.2016). *Deutsche Energiewende: Zielverfehlungen in Sicht*.

Grafik 6:

Statistisches Bundesamt. *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2014*. S. 8.

Grafik 7:

URL: <http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/verkehrsverflechtungsprognose-2030.html>. [Aufgerufen am 09.11.2016].

Grafik 8:

PwC/Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (2016). *Wirtschaftskriminalität in der analogen und digitalen Wirtschaft 2016*. S. 54.

Grafik 9:

URL: <http://www.zaw.de/zaw/aktuelles/meldungen/Anlagen/Allensbach-ZAW-2016.pdf>. S. 4. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 10:

URL: http://www.bundeskartellamt.de/DE/Kartellverbot/kartellverbot_node.html. [Aufgerufen am 16.11.2016].

Grafik 11:

Daten-Portal des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. URL: www.datenportal.bmbf.de/bild-4. URL: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/1.1.1>. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 12:

URL: http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity_Top_News/Rohstoffwirtschaft/50_rohstoffe-energiewende.pdf?__blob=publicationFile&v=1. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 13:

World Economic Forum. *The Global Risks Report 2016*. S. 69. URL: http://www3.weforum.org/docs/GRR/WEF_GRR16.pdf. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 14:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. *Gesundheitswirtschaft – Fakten und Zahlen, Ausgabe 2015*. S. 9.

Grafik 15:

Quelle für die Zahl der Arbeitslosen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. *Zeitreihe zur Arbeitslosigkeit seit 1950 nach Strukturmerkmalen (Monats-/Jahreszahlen) – Deutschland*. URL: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31892/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17722&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Quelle für die Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Vorjahresmonat:

URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201609/iiiia6/beschaeftigung-sozbe-monatsheft-wz/monatsheft-wz-d-0-201609.pdf.pdf>. S. 9. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Quelle für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Deutsche Bundesbank. *Zeitreihen-Datenbanken (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/Deutschland/Insgesamt/absolute Angabe/kalender- und saisonbereinigt)*. URL: https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Unternehmen_und_Private_Haushalte/unternehmen_und_private_haushalte_list_node.html?listId=www_s311_b4_am_deutschland. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 16:

Weltbank. URL: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>. [Aufgerufen am 21.11.2016].

Grafik 17:

URL: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/AussenhandelWelthandel.html>. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 18:

Statistisches Bundesamt. URL: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=EDE00F2CD9B10E067ADE8B12C85A2B48.tomcat_GO_1_3?operation=abruftabelleAbrufen&selectionname=51000-0003&levelindex=1&levelid=1474546652760&index=3. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Grafik 19:

URL: http://bdi.eu/media/themenfelder/aussenwirtschaftspolitik/publikationen/201604_Grundsatzpapier_Entwicklungspolitik.pdf. Grafik S. 6, 7. [Aufgerufen am 28.12.2016].

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
T: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Gesamtredaktion

Judith C. Nikolay, Stellvertretende Abteilungsleiterin
Abteilung Strategische Planung und Koordination

Jannick Bangard, Manager
Abteilung Strategische Planung und Koordination

Dr. Thomas Koenen, Abteilungsleiter
Abteilung Strategische Planung und Koordination

Inhaltlich zuständig sind die entsprechenden Fachabteilungen.
Die jeweiligen Ansprechpartner finden Sie unter:
www.bdi.eu/der-bdi/abteilungen/

Konzeption & Umsetzung

Sarah Pöhlmann, Referentin
Abteilung Marketing, Online und Veranstaltungen

Layout

Michel Arencibia
www.man-design.net

Tilman Schmolke
www.europrint-medien.de

Druck

Das Druckteam Berlin
www.druckteam-berlin.de

Verlag

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

Bildnachweis

Seite 14-15: © 113838884 / Boris Stroujko / Fotolia.com
Seite 29: © 99825508 / spreephoto / Fotolia.com
Seite 37: © 112353411 / vulcanus / Fotolia.com
Seite 43: © 86275979 / Marco2811 / Fotolia.com
Seite 47: © 24436317 / chaya1 / Fotolia.com

Stand

10. Januar 2017
BDI-Publikations-Nr.: 0051

